Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Eilfreianzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 105 — Mittwoch den 19. Mai 1920 — 46. Jahrg.

Der 1. Reichstag der deutschen Republik und die Frauen.

Von Emmy Beckmann-Wandsbeck.

In Wahlkämpfen pflegt es zu geschehen, daß jede Partei Anhänger zu gewinnen versucht, indem sie den Angehörigen der verschiedenen Klassen und Berufsstände klarmacht, daß gerade sie ihnen die größten Aussichten und Vorteile biete. Mit ähnlichen Themen tritt man auch an die Frauen heran: „Was bietet die Partei den Frauen?" Aber es ist zu beobachten, daß diese Lockung bei den Frauen wenig verfängt. Abgesehen von den bloßen Mitläufern, deren es natürlich jetzt noch viele gibt und die einfach des Mannes Partei wählen, kommen die politisch noch Ungeschulten mit der Stärke und Kraft ihres nationalen Gefühls in die Politik hinein, mit der selbstverständlichen Liebe für den Staat, die sie in fünf langen Kriegsjahren mit so erschütternden Opfern bewiesen haben, ohne zu fragen, was ihnen als Frauen geboten oder gewährt wird. Und auch die durch die Schulung der Frauenbewegung durchgegangenen Frauen lehnen eine Parteinahme nach eigenem Vorteil ab. So lange die Frauenbewegung in Deutschland besteht, ist es ihr wesentlicher Charakterzug gewesen, Frauenforderungen aufzustellen als Möglichkeiten der Pflichterfüllung an der Allgemeinheit. Wir Frauen wollen teilhaben an dem Aufbau unserer Volksgemeinschaft, weil wir uns ihr verantwortlich fühlen, weil wir unsere Art und Kraft empfinden als dem Leben überhaupt verpflichtet.

Die Nationalversammlung hat das Haus des deutschen Volkes als Rohbau hergestellt — unter unendlichen Schwierigkeiten, mit noch vielfachen und schweren Schäden. Jetzt soll der neue deutsche Reichstag dies Haus wohnlich ausgestalten. Dabei ist die Mitarbeit der Frau um der Volksgemeinschaft willen nicht zu entbehren. Schließlich ist jedes Haus zum Wohnen und Leben da, jeder Staat mit all seinen politischen und wirtschaftlichen Mitteln soll Pflege- und Entwicklungsstätte des Lebens, der Kultur sein. Alle politischen und wirtschaftlichen Machtkämpfe haben als letztes Ziel doch ein Geistiges, Möglichkeit des Glücks, d. h. erhöhten Lebensgefühls für einzelne oder alle. Die Frau hat als natürliche Hüterin des Lebens für diese Seite staatlicher Aufgaben ein besonderes Interesse und besondere Befähigung. Daß es in ist, haben Staaten, die schon seit Jahrzehnten das Frauenstimmrecht besitzen, bezeugt. Als der nordamerikanische Staat Wyoming, der schon früh das Frauenstimmrecht eingeführt hatte, die Aufnahme in die Union, um die er nachgesucht hatte, nur erreichen konnte, wenn er das Frauenstimmrecht wieder abschaffte, lehnte er es ab mit der Begründung, daß die Frauen für die Kulturarbeit des Staates unschätzbare und unersetzliche Dienste geleistet hätten, die er nicht entbehren wolle, auch um den Preis der vielfachen Vorteile nicht, die die Verbindung mit der Union mit sich brächte. In diesem Sinne wollen die Frauen im neuen demokratischen Reich mitarbeiten. Der Reichstag hat — und eigentlich ist es eine der wichtigsten Aufgaben, die ein Staat überhaupt zu lösen hat —, das Reichsschulgesetz zu bearbeiten. Die Grundlinien sind in der Verfassung gegeben. Wie wichtig die fernere Gestaltung im Gesetz ist, geht z. B. daraus hervor, daß in Hamburg noch immer der Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen verbannt ist. Daß wir wirklich eine nationale Schule bekommen, die nicht unsere Jugend auseinanderreißt in verschiedene, nur durch die entstellende Parteibrille einander kennende Gruppen der Politik und der Weltanschauung, sondern daß die Schule Heiligtum des Gesamtvolkes sei, in das alle wertvollen nationalen Kräfte Leben weckend und fördernd einströmen, daß in der Schule Raum sei für die Entwicklung und Betätigung aller Kräfte des Verstandes, des Willens und des Gemütes unserer Kinder, aller Kinder des Volkes: das muß ein Hauptanliegen der Mütter in Deutschland sein.

Durch die Reform der Gerichtsverfassung wird den Frauen Gelegenheit gegeben werden müssen, Einfluß auf die Rechtsprechung zu gewinnen. In welche Formen dies geschehen soll, ob die Frau als Schöffe, Geschworene, wie der Gesetzentwurf es vorsieht, nur über weibliche Angeklagte urteilen soll, oder ob auch in allen anderen Fällen, selbstverständlich in Jugendgerichtsverhandlungen, zum mindesten auch da, wo Sittlichkeitsdelikte in Frage stehen, das sittliche Empfinden und psychologische Feingefühl der Frau sich geltend machen soll, ist eine Frage, die von größerer Bedeutung ist als die Gewinnung eines neuen Rechts oder Betätigungsfeldes für die ohnehin schwer belasteten Frauen. „Wir haben Väter des Staates, wo sind die Mütter?" rief schon vor vielen Jahrzehnten eine führende Frau angesichts der Tatsache, daß das gesamte öffentliche Leben nur nach männlichen Grundsätzen und Interessen geleitet wurde. — Weiblicher Einfluß wird zu sichern sein vor allem auch bei der Reform des Strafgesetzes, damit die Brandmale der Schande, wie sie jetzt einige vom Staate sanktionierte Straßen unserer Großstädte darstellen, verschwinden und ein gesünderes sittliches Empfinden immer mehr Platz greifen kann in unserem Volke. — Die Verfassung garantiert den unehelichen Kindern die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung wie den ehelichen Kindern; es ist nicht angesichts der Riesenzahl der unehelichen Kinder (1913 waren es in Deutschland 9,7 v. H. aller Lebendgeborenen) nötig, daß mütterliches Interesse diese Bedingungen mit schaffen helfe, damit sie unbeeinflußt bleiben vom Geschlechtsinteresse, das die früheren Gesetze auf diesem Gebiete nur allzu sehr mitbestimmte? Das am 1. Oktober 1919 in Kraft getretene Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge ist zum großen Teil auf Fraueninitiative zurückzuführen; hier gilt es weiter zu bauen und zu sorgen, daß unser wertvollstes Volksgut, die Kinder aller Schichten und Kreise, gesunde Lebensbedingungen finden. Wie unendlich bedeutsam werden von hier aus alle Bestrebungen der Heimstättenbewegung, für welche das Siedlungsgesetz vom 11. 8. 1919 Bahn geschaffen hat, die Bestimmungen über Schankkonzessionen usw., über die neue Gesetze in Vorbereitung sind oder erstrebt werden.

Nun ist es klar, daß an solchem Ausbau unseres Volkshauses nur gedacht werden kann, wenn die äußeren Mauern halten und das Dach dicht bleibt, oder ohne Bild: Vorbedingung für die Pflege einer wirklichen geistig-sittlichen Kultur ist Ruhe, Ordnung und Arbeit in unserem Volk. Wenn unser Ziel dies ist, wenn wir erstreben, daß jedes Leben sich froh und frei entwickeln könne in Deutschland, so müssen wir dahin wirken, daß der wirtschaftliche und politische Aufbau gelinge. Wie anders aber kann dies geschehen, als unter der Idee der Demokratie, der selbstverständlichen Pflicht des Gehorsams und des Dienstes gegen den Staat, der ja nichts anderes ist als die Darstellung des Mehrheitswillens des Volkes, und dessen Dienst deshalb nicht Untertanentum, sondern wahre Freiheit ist? Nur wenn es gelingt, alle Glieder unseres Volkes zu dem Bewußtsein des königlichen Besitzes der Freiheit und zugleich der staatsbürgerlichen Pflicht der Arbeit zu bringen, nur wenn das vor allem gegenüber den handarbeitenden Schichten gelingt, können wir auf eine ruhige und stetige Entwicklung unseres Staatslebens hoffen. Dazu soll u. a. das Betriebsrätegesetz dienen: daß sich der Arbeiter empfinden lerne nicht nur als Werkzeug, als toter Teil einer Maschinerie, sondern als mittragendes und mitbestimmendes Organ einer Arbeitsgemeinschaft, und von da aus neue Arbeitsfreudigkeit und erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gesamtorganismus gewinne. Wenn in die langsam aufkeimende Saat neuen Arbeitswillens und Vertrauens zu einer grundsätzlich demokratischen Einrichtung auch der Wirtschaft hinein wieder der Militärmarsch der Kapp und seiner Gefolgsleute hineinmarschierte und sie niedertrat, so geschah damit dem Gesamtvolk unübersehbarer Schaden. Nur auf dem Wege der Demokratie, der unbeirrt von Verlockungen zu einer Minderheitsregierung von rechts und von links innegehalten wird, kann Ruhe und Stetigkeit in unser schwer zerrüttetes Volksleben einkehren. Versuche, gegen den den Gesamtwillen des Volkes ausdrückenden demokratischen Staat sich zu erheben, ihn zu stürzen oder zu beeinträchtigen, wie Kapp es versuchte, wie die U. S. P. und die Kommunisten es auf ihre Fahne geschrieben, müssen mit Notwendigkeit in den Abgrund führen. Wem daran liegt, daß der Staat aus dem bloßen Sicherheits- und Steuerverwalter wieder Träger, Hüter und Bewahrer der Kultur wird, nicht einer exklusiven Kultur einer kleinen Schicht von Berechtigten, sondern der Kultur des deutschen Volkes, der muß sich der Partei zuwenden, die die Gegensätze der Klassen nicht verschärfen und vertiefen will, sondern ausgleichen und überbrücken durch den Willen zur Gerechtigkeit, den Glauben an die Freiheit des einzelnen und der Bereitschaft zur Arbeit und zum Dienst aller für alle, wie die Deutsche demokratische Partei es vertritt. Die Frauen stellen mehr als die Hälfte aller Wähler dar; auf ihnen liegt die Verantwortung, ob der neue Reichstag in ihrem Sinne Kultur wird fördern können. Möchten sie sich dieser Verantwortung voll bewußt sein bei den kommenden Wahlen.

Dr. Köster über die Entwaffnungsfrage.

Turin, 18. Mai. („Gazzetta del Popolo" vom 16. Mai veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters in Berlin mit dem Reichsminister des Äußeren, Dr. Köster, in der dieser über die Konferenz von San Remo hinsichtlich der Entwaffnungsfrage u. a. sagte: Soweit die geforderte Entwaffnung die Abrüstung Deutschlands bedeutet, kommt sie unseren eigenen Wünschen entgegen. Wir wollen keinen waffenstarrenden Frieden mehr, kein Revanchist denkt an einen Revanchekrieg. Wenn aber die Entwaffnung die demokratische Regierung wehrlos macht und der militaristischen Reaktion oder einem aggressiven bolschewistischen System die Wege bahnt, so wird die erneute Gefahr kriegerischer Verwickelungen herbeigeführt. Als das wichtigste Ergebnis der Konferenz von San Remo bezeichnete der Minister die Einladung nach Spa und sagte: Wir werden uns jedenfalls bemühen, in Spa in dem Sinne einer Verständigung der Völker und einer Erkenntnis der Solidarität und der Förderung des Wiederaufbaues des fast zu Grunde gerichteten Europas zu wirken.

Die Verbrechen der farbigen Truppen im Rheinland.

Berlin, 18. Mai. (Amtlich.) Einem Artikel der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" vom 10. Mai zufolge werden die in der deutschen Presse mitgeteilten zahlreichen Fälle von Sittlichkeitsverbrechen der französischen farbigen Truppen in den besetzten deutschen Gebieten von dem französischen Ministerium des Äußern summarisch in Abrede gestellt. Gleichzeitig wird von der nämlichen Behörde behauptet, daß sich in den fraglichen Gebieten überhaupt keine „schwarzen Truppen" mehr befänden, wiewohl nachträglich zugegeben wird, daß dieselben mit sogenannten „gelben Truppen" belegt sind, die indessen französische Bürger und ebenso von kaukasischer Rasse seien wie Franzosen, Engländer und Amerikaner.

Die Reichsregierung muß diese Unterscheidung des französischen Ministeriums zwischen schwarzen und gelben Truppen grundsätzlich als völlig bedeutungslos ablehnen. Sie erblickt in der Besetzung deutscher Landesteile mit französischen Truppen afrikanischer Herkunft, gleichgültig welcher Hautfarbe sie sein mögen, ein Verbrechen gegen die Zivilisation, das die strengste Verdammung der gesamten gesitteten Welt herausfordert. Was die von französischer Seite gelegentlich Sittlichkeitsverbrechen dieser Truppen anlangt, so befindet sich eine Zusammenstellung authentischer Fälle im Druck. Die Reichsregierung bemerkt indessen schon jetzt, daß die Anzahl der bekanntgegebenen Fälle von Vergewaltigungen nur einen geringen Anfang gibt für das Martyrium der deutschen Frauen in den besetzten Gebieten, deren unsagbare Leiden zumeist aus begreiflichem Schamgefühl der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Rumänisch-bayerische Verhandlungen.

München, 18. Mai. (T.-U.) Vertreter Rumäniens haben in München Verhandlungen eingeleitet, um im Wege des Warenaustausches von Bayern landwirtschaftliche Maschinen zu erhalten.

Aus der Grenzkommission für das Saargebiet.

Saarbrücken, 18. Mai. (WTB.) Die Blätter melden: Die deutschen Mitglieder der Grenzkommission für das Saargebiet haben Vorbereitungen zu ihrer Abreise getroffen. Man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und den Ententemitgliedern der Grenzkommission entstanden sind. Es erweckt den Anschein, daß entgegengesetzte Auslegung des Sinnes des Friedensvertrages von Versailles den Grund dieser Meinungsverschiedenheiten bilden könnte.

Keine Internationalisierung Flensburgs.

Flensburg, 18. Mai. (T.-U.) Die interalliierte Kommission erklärte den in Flensburg versammelten Vertretern aller Stände, daß den Gedanken einer Internationalisierung der Zone völlig fernstehe. Der Abzug der französischen Truppen soll für die Woche nach Pfingsten in Aussicht genommen sein. Über den Abzug der englischen Truppen verlautet nichts.

Holland und der ehemalige deutsche Kaiser.

Aus dem Haag, 18. Mai. (WTB.) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte der Minister des Innern in der Kammer, daß für den ehemaligen deutschen Kaiser aus dem Staatsschatz niemals irgendwelche Gelder zur Bestreitung von Lebens- und Genußmitteln, für Wohnungseinrichtungen, Empfang von Gästen usw. bezahlt worden seien. Für den ehemaligen deutschen Kronprinzen gelte dasselbe. Für den letzteren seien lediglich sehr bescheidene Mittel zur Verfügung gestellt worden, um auf der Insel Wieringen eine Wohnung einzurichten. Insgesamt seien für den vormaligen Kronprinzen 14 500 Gulden ausgegeben worden. Es werde beabsichtigt, solange die gegenwärtigen Zustände fortdauern, in gleicher Weise wie bisher zu verfahren.

Mord an einem Irenführer.

London, 18. Mai. (T.-U.) Der Hauptagitator der irischen Sinnfeiner, Dalton, ist durch mehrere Schüsse von einem Unbekannten getötet worden.

Thrazien gegen Griechenland.

Rom, 18. Mai. (T.-U.) Eine Athener Depesche des „Epoca" meldet: Ganz Thrazien steht wie ein Mann gegen die Griechen auf. Die Erhebung werde von türkischen Offizieren geleitet. Die bisher durch die Zensur geknebelte Athener Presse greift schonungslos Venizelos Größenwahn an, der Griechenland ins Verderben stürze.

Der Juwelenschmuggel des Prinzen zu Wied.

Kopenhagen, 18. Mai. In Trelleborg hat das Gericht heute das Urteil in der Juwelenschmuggelsache des Prinzen zu Wied gesprochen. Die Angeklagten, Gräfin Solms-Wildenfels und Dr. Karl Stockhaus, wurden zu je 50 Kronen Geldstrafe wegen ungesetzlicher Warenein- und -ausfuhr verurteilt. Die Beschlagnahme der Juwelen wird gegen Zahlung des Zolles aufgehoben, und die Juwelen werden darnach den Besitzern ausgeliefert werden.

Deutschland und die Entente.

Der Rückmarsch der Franzosen aus dem Maingau.

Frankfurt, 18. Mai. Am Montag früh 2 Uhr wurde an den Plakatsäulen der Stadt eine Bekanntmachung der Behörden angeschlagen, in der die Bevölkerung ersucht wird, beim Abmarsch der französischen Truppen Besonnenheit zu bewahren und ihrerseits zu verhindern, daß durch die Handlungen unverantwortlicher Elemente der Abzug der Truppenteile gestört wird. Neben diesem Plakat ist noch einmal die Bekanntmachung des Oberkommandierenden, General Degoutte, an die Bevölkerung in dem neu besetzten Gebiet vom 6. April angeschlagen und darunter in auffallender Schrift gesetzt: Die Franzosen halten ihr Wort! Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, gez. Degoutte. — Wie wir hören, erhielt die Polizei einen erheblichen Teil der ihr vor einer Woche von den Franzosen abgenommenen Gewehre zurück.

Der Rückmarsch der Franzosen aus dem Maingau begann überall schon in den frühen Morgenstunden von 4 Uhr an. Die Truppen verließen nach einem bestimmten Plan ihre Quartiere und marschierten nicht durch die Stadt, sondern über die Peripherie-Straßen nach Westen zu. Die Wachen wurden überall um 7 Uhr aufgehoben. Die letzte Hauptwache an der Oper, die von den Belgiern gestellt war, verließ 7 Uhr 10 Minuten den Posten. Nur wenige Neugierige hatten sich in den Straßen gesammelt. Um 9 Uhr verließ der Kommandierende General der 11. französischen Infanterie-Division mit seinem Stabe und dem Maybachmandbauten Frankfurt, gefolgt von drei Panzerautomobilen, nachdem er die Geiseln, die sich bereits um 7 Uhr im Stabsquartier versammelt hatten, mit den Worten entließ: „Ich danke Ihnen, meine Herren, Sie sind frei."

Der Abzug der Franzosen aus Hanau und Darmstadt.

Hanau, 18. Mai. Gestern in den frühen Morgenstunden, erfolgte der Abmarsch der gesamten französischen Besatzung aus der Stadt Hanau und den besetzten Ortschaften des Landkreises Hanau. Beim Abmarsch der Truppen, der auf 4 Uhr angesetzt war, mußten Oberbürgermeister Bild der Stadt Hanau und Landrat Voigt des Landkreises Hanau persönlich anwesend sein, um als Zeugen bei etwaigen Zwischenfällen mit der Bevölkerung zu dienen. Es sind jedoch nirgends Zwischenfälle vorgekommen. Es wurde auch auf die Begleitung bis zur Stadt- bezw. Kreisgrenze verzichtet.

Wegen nicht angemeldeter Pulbervorräte hatte der General der Rheinarmee den Direktoren der früheren Pulverfabrik bei Hanau eine Geldbuße von 10 000 M auferlegt, die bis gestern bezahlt werden mußten. Die Direktoren waren aber am gestrigen Tage nicht erreichbar, infolgedessen an die Stadt Hanau das Ansinnen gestellt wurde, die Geldstrafe zu bezahlen. Um Weiterungen zu vermeiden, hat die Stadt die Geldstrafe bezahlt bezw. vorgestreckt.

Darmstadt, 18. Mai. Die Franzosen schickten sich am Montag vormittag an, Darmstadt zu räumen. Am Sonntag abend war von der bevorstehenden Räumung noch nichts bekannt.

Schadenersatzansprüche durch die Besetzung.

Frankfurt, 18. Mai. Die Frankfurter städtische (deutsche) Militärkommission erläßt zwei Bekanntmachungen mit der Aufforderung an alle Personen, die vom 6. bis 16. Mai französische oder belgische Einquartierung, sei es auch nur für Tage, gehabt oder durch die Besetzung Sachschaden irgendwelcher Art erlitten haben, ihre Ansprüche anzumelden.

120 Milliarden Goldmark!

Der Vertreter der „Agence Havas" in London hat über die Beratungen von Hythe erfahren: Die Ministerpräsidenten hielten an 120 Milliarden Goldmark als von Deutschland zu bezahlende Entschädigungssumme fest, doch scheine kein Einverständnis über den Zahlungsmodus erzielt worden zu sein. Lloyd George sei der Ansicht, daß man keinen Unterschied zwischen den Kriegsopfern machen könne, man aber noch weniger bei der Wiedergutmachung zwischen denen unterscheiden könne, die die Schäden an ihren Gütern und denen, die Leibesschäden erlitten und von Deutschland Pension erhalten müßten. Seine Haltung nach dieser Richtung wurde hauptsächlich von der Haltung der Dominions bestimmt. Man mußte infolgedessen eine andere Regelung ins Auge fassen, um die sofortigen Bedürfnisse Frankreichs für den Wiederaufbau der Kampfzone zu befriedigen. Um die deutsche Schuld sofort flüssig zu machen, schlugen die französischen Sachverständigen eine große Anleihe vor, die von Deutschland und von den Alliierten wie Frankreich, Italien, Belgien und vielleicht auch von den neutralen Staaten gedeckt werden müsse, wofür die deutsche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0001

Entschädigungsschuld als Pfand dienen solle. Für diese Einzelheiten sollten die französischen und englischen Sachverständigen einen Entwurf ausarbeiten, der demnächst den alliierten Ministerpräsidenten in Ostende unterbreitet werden solle. Von der Entschädigungszahlung solle, wie bei den Friedensverhandlungen festgesetzt wurde, Frankreich 55 Prozent und England 25 Prozent erhalten.

Wir sollen in Spa nichts zu sagen haben.

Paris, 17. Mai. Ministerpräsident Millerand sagte dem Vertreter des „Matin" gestern nach Schluß der Konferenz von Hythe, man sei übereingekommen, daß Deutschland nur nach Spa kommen solle, um Aufklärung zu geben, namentlich über die Nichtausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages. Man sei sich auch darin einig gewesen, daß man die Erläuterungen nicht abzuwarten brauche, die die deutsche Regierung den vereinigten Alliierten geben werde, um alle Maßnahmen zu treffen, die die interalliierten Kontrollkommissionen für nötig erachteten. Auch wegen der nicht ausgeführten wirtschaftlichen Klauseln wolle man die Konferenz von Spa nicht abwarten, um ihre Ausführung sicher zu stellen. Dem Vertreter des „Journal" sagte Millerand, man wolle für die deutsche Entschädigung eine feste Summe festsetzen, damit die ehemaligen Feinde die Schwere ihrer Lasten erkennen, um sie zur baldigen Tilgung zu ermutigen. Der festgesetzte Betrag werde aber nur ein Minimum sein, über das man nicht heruntergehen werde; die Tür bleibe aber für Erhöhungen offen, denn, wenn die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich im besonderen Maße verbessere, dann sei es nur gerecht, daß auch die Alliierten Anteil an diesem Nutzen hätten.

Die nächste Alliiertenbesprechung im Juni.

Die Agence Havas meldet: Die neue Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner wird in der zweiten Juniwoche in Paris abgehalten. An dieser Besprechung, die informatorischen Charakter trägt, werden nur die drei alliierten Staatschefs teilnehmen.

Einberufung des Völkerbundes unter Wilson?

Washington, 17. Mai. Der amerikanische Ausschuß des Völkerbundrates hat darauf hingewiesen, daß nunmehr die Generalversammlung des Völkerbundes mit Wilson einberufen werden müsse.

*

Die Franzosen haben Furcht vor der Wahrheit.

Anders kann man es sich wirklich nicht erklären, warum die Franzosen schon lange keine deutschen Zeitungen mehr nach Elsaß-Lothringen hineinlassen und warum nun gar auch noch „die Information über deutsche Dinge" an die Straßburger Blätter durch die französische Regierung selbst vorgenommen wird. Die Wahrheit darf nicht nach Elsaß-Lothringen, die Straßburger Blätter dürfen das deutsche Leben nicht mehr sehen, wie es ist, sondern wie man in Paris will, daß es den Elsaß-Lothringern erscheine, nämlich abschreckend. Diese Informationen der französischen Regierung an die Straßburger Presse über Deutschland werden also amtlich abgestempelte bewußte Lügen sein. Wir erfahren darüber:

Straßburg, 18. Mai. Die französische Regierung beschloß, in Straßburg täglich ein Bulletin herauszugeben, betitelt „Presse de Strasbourg", in dem ständig Aufklärungen über das Leben und Treiben der Deutschen rechts des Rheins gegeben werden sollen. Die Regierung will dadurch die Informationen über deutsche Dinge selbst in die Hand nehmen und diese Informationen vor allem den Straßburger Blättern zuweisen, so daß sich der direkte Bezug deutscher Blätter, der übrigens inzwischen in ganz Elsaß-Lothringen verboten wurde, erübrigen soll.

Ein Justizvertrag mit Frankreich über Elsaß-Lothringen.

Baden-Baden, 18. Mai. Zwischen Deutschland und Frankreich wurde hier Ende letzter Woche zufolge Artikel 78 des Versailler Vertrages ein neuer Vertrag unterzeichnet betreffs Regelung gewisser Zuständigkeits-, Rechts- und Justizverwaltungsfragen, die durch die Einverleibung Elsaß-Lothringens entstanden.

Das Ergebnis der Besprechung in Hythe.

Paris, 18. Mai. Millerand erklärte, bevor er nach Paris zurückfuhr, Berichterstattern, daß er von den Ergebnissen der Unterredung mit Lloyd George und von den allgemeinen Grundlagen, über die Übereinstimmung erzielt wurde, sehr befriedigt ist. Aber wie die gemeinsame Erklärung der englischen und französischen Ministerpräsidenten genau ließ, wird zugeben müssen, daß sie von den Forderungen erheblich abweicht, die Millerand in Hythe aufstellen wollte. Die Finanzsachverständigen Frankreichs und Englands werden jetzt beauftragt, ihren Regierungen sofort die Mindestsumme der Schulden Deutschlands zur Prüfung vorzulegen, die sowohl für die Alliierten annehmbar sein, als auch mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands übereinstimmen muß. Die Finanzsachverständigen haben weiter, wie diese Zahlungen erfolgen sollen, festzustellen, ebenso, wie die Schulden Deutschlands am bequemsten bezahlt werden können. Endlich haben die Finanzsachverständigen die Grundlagen festzustellen, nach denen die von Deutschland erfolgten Zahlungen unter den Alliierten verteilt werden sollen.

Die belgische Gewaltherrschaft in den Kreisen Eupen und Malmedy

nimmt, wie aus Berlin gemeldet wird, immer rücksichtslosere Formen an. Nachdem die Belgier vom ersten Tage der Besetzung ab systematisch die Volksbefragung im Keime zu ersticken gesucht haben, nachdem sie nach Inkrafttreten des Friedensvertrages schon jetzt Stimmlisten ausgelegt haben, sie aber so handhaben, daß schon rein technisch nur ein verschwindender Bruchteil der Stimmberechtigten sich darin eintragen kann, und nachdem sie gegen die für Deutschland abstimmenden Personen mit Zwangsmaßnahmen vorgehen, die eine Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, sind sie vor kurzem dazu übergegangen, alle Personen, die nach dem 1. August 1914 in die Kreise gezogen sind, auszuweisen. Den Betroffenen wird nur eine Frist von wenigen Tagen gesetzt. Wenn sie das ihnen zum Kurse von 1 ℳ gleich 1 Franc umgewechselte Geld nicht zum Tageskurse zurückzahlen, was bei den meisten natürlich unmöglich ist, so wird ihnen ihr bewegliches Gut zurückgehalten. Hunderte von Familien werden hierdurch in die größte Notlage gebracht. Bei der allgemeinen Wohnungsnot können sie nirgends, namentlich nicht in Aachen, Unterkommen finden. Die Ausweisungen erfolgen im Widerspruch zu den gültigen Rechts- und zu verschiedenen Bestimmungen des Friedensvertrages. Selbst der belgische Bevollmächtigte, der in Aachen mit dem deutschen Übergabekommissar verhandelte, hat die Ausweisungen für unzulässig erklärt. — Den nachträglichen Protest, den die deutsche Regierung inzwischen bei der Friedenskonferenz, beim Völkerbund und bei der belgischen Regierung erhoben hat, scheint die belgische Lokalbehörde unberücksichtigt zu lassen. Diese neue geradezu ungesetzliche Maßnahme kompliziert zur Genüge das belgische Gewaltregime in den Kreisen Eupen und Malmedy. Trotz dieser offenkundigen Tatsachen wollen belgische Angeordnete und Minister die Welt glauben machen, daß in diesen Gebieten Belgien das Regime mit Milde, Wohlwollen und Takt ausübe, und daß alles in schönster Ordnung sei.

Die geistige Auszaugung Deutschlands.

Stuttgart, 18. Mai. Der Verband technischer Vereine Württembergs hat anläßlich der württembergischen technischen Woche in einer dem Reichskanzler übermittelten Erklärung einmütig Einspruch erhoben gegen die Forderung des interalliierten Überwachungsausschusses auf Auslieferung des gesamten geistigen Eigentums der deutschen Marinetechnik. Die Forderungen stellen an sich, so wird in der Eingabe gesagt, nichts weniger dar, als die bedingungslose Preisgabe unseres gesamten geistigen Eigentums auf seekriegstechnischem Gebiet. Die Reichsregierung wird ersucht, mit allen Mitteln diese Forderung zurückzuweisen.

Versteigerung von Kaisermöbeln in Amerika.

Wie der „Rheinisch-Westfälischen Ztg." aus Rotterdam gemeldet wird, findet in 8 Tagen in New York eine große Auktion von Mobiliaren und Kunstgegenständen aus dem ehemaligen Kaiserschloß Potsdam statt. Der Importeur dieser Gegenstände hat erklärt, daß er die Erlaubnis zum Export nur unter der Bedingung erhalten habe, daß für den Erlös Nahrungsmittel für Deutschland gekauft werden.

Die ersten deutschen Gefangenen aus Rußland zurück.

Swinemünde, 18. Mai. Der erste Transport der aus Rußland heimkehrenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen ist in Swinemünde eingetroffen. Er brachte 350 deutsche und 200 österreichische Kriegsgefangene, sowie die Familien von Zivilinternierten mit.

*

Neue Gewalttaten gegen das Deutschtum in Nordschleswig.

Flensburg, 18. Mai. Ein neuer Gewaltstreich des Obersten Rates in Paris droht den Deutschen Nordschleswigs. Trotzdem die ganze zweite Zone mit so überwiegender Mehrheit in der Abstimmung zu erkennen gegeben hat, daß sie bei Deutschland bleiben will, ist nach Meldungen aus Paris beabsichtigt, vier Kirchspiele der zweiten Zone mit zusammen 16 Dörfern an Dänemark auszuliefern. Die Bewohner dieser Dörfer, zur großen Mehrheit Deutsche, haben gegen diese drohende Vergewaltigung, für die sich irgendwelche Rechtfertigung nicht findet, in stark besuchten Versammlungen und in Petitionen mit zahlreichen Unterschriften stürmischen Protest erhoben. Bestätigt sich diese Meldung aus Paris, so liegt ein weiterer Verstoß gegen die klaren Bestimmungen des Vertrages von Versailles und ein weiterer Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht vor, gegen den der schärfste Widerspruch erhoben werden muß.

Vor einem Volksstreik im schleswiger Abstimmungsgebiet.

Flensburg, 17. Mai. Bei einer Zusammenkunft von Vertretern aller Berufsstände Flensburgs wurde heute eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„In Anbetracht, daß die interalliierte Kommission spielt in völliger Verkennung der tatsächlichen Lage, gestützt auf Bajonette und Maschinengewehre, mit dem Schicksal der ihr durch den Friedensvertrag nur für die Zeit und zu dem Zwecke der Abstimmung anvertrauten Bevölkerung. Sie erläßt Gesetze, zu denen sie nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrags kein Recht hat, und trifft unvernünftige Maßnahmen, deren Konsequenzen sie nicht übersehen und verantworten kann. So hat sie, unbekümmert um den lauten Einspruch der öffentlichen Meinung und gegen den Widerspruch der deutschen Regierung, die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone auf den 20. Mai festgesetzt. Wir beschränken uns heute noch auf einen Protest und eine Warnung, aber eine Fortsetzung der Willkürherrschaft ist unmöglich. Wir werden, wenn solche Vergewaltigungen sich wiederholen, das ganze Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen und mit gekreuzten Armen zusehen, ob etwa die Kommission das Wirtschaftsleben mit ihren Maschinengewehren und Alpenjägern wieder in Gang bringen kann. Wir danken unseren Brüdern in der ersten Zone für die uns zugelegte Sympathie und Hilfe. Wir vertrauen darauf, daß diese Hilfe uns werden wird, wenn die Kommission durch die Festsetzung weiterer willkürlicher Maßnahmen den Aufruf zum passiven Widerstand unvermeidlich macht."

Der erwähnte Hinweis auf die Hilfe und Sympathie gilt einer Entschließung der deutschen und dänischen Arbeitervertreter in Hadersleben und Abenrade, in der es heißt:

„In Ausführung des unsittlichen Friedensvertrags haben sich in der ersten Zone Verhältnisse entwickelt, die im höchsten Maße unerträglich sind, und im Süden in der zweiten Zone hat sich die Lage bereits so zugespitzt, daß Stadt und Land, Bürger und Beamte, Arbeiter und Bauern bereit sind, in einen rücksichtslosen politischen Volksstreik einzutreten. Eine Beseitigung dieses Elends ist nur denkbar, wenn einmal die nach dem Friedensvertrag fällige Festlegung der neuen politischen Grenze sofort erfolgt und gleichzeitig für das Land südlich der Grenze die freie Verbindung mit Deutschland hergestellt wird."

Der Generalstreik abgewendet?

Berlin, 18. Mai. Der Generalstreik, der bereits in der zweiten Zone als Protest gegen die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone erhoben worden war, scheint, wie dem „Lok.-Anz." aus Flensburg berichtet wird, durch das Entgegenkommen der Internationalen Kommission abgewendet.

Die Lage im Reiche.

Der Binnenschifferstreik und seine Gefahren.

Dresden, 18. Mai. Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, droht der syndikalistische Streik in der Binnenschiffahrt zu einer schweren Gefahr für die sächsische Industrie zu werden. Am Sonnabend war es dem Arbeitsministerium gelungen, die für Sachsen bestimmten, in Böhmen lagernden 25 Kohlenkähne nach Schandau zu bringen. Hier aber liegen die Kähne fest, weil die Mannschaft sich vor dem Terror der Streikenden fürchtet. Diese haben gedroht, die Arbeitswilligen von den Steinbrüchen aus abzuschießen. Die Kähne müssen unbedingt sofort zum Abschwimmen gebracht werden, da der Wasserstand der Elbe sinkt. Es besteht Gefahr, daß die Kähne auf Grund zusammenbrechen. Damit würden 300 000 Zentner Kohle verloren sein und viele Fabriken müßten zum Stillegen kommen.

Der Umschwung in der Pfälzer Schuhindustrie.

Pirmasens, 18. Mai. Die Lage in der hiesigen Schuhindustrie ist außerordentlich ernst. Die Pirmasenser Schuhfabriken sind mit Millionen fertiger Schuhe angefüllt, ohne daß sich seit Wochen irgendwelcher Absatz zeigt. Massenhaft müssen Notverkäufe erfolgen. Viele Aufträge sind in der letzten Woche annulliert worden. Wegen der Stockung des Geschäfts sind mehrere Fabriken in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Über vier große Fabriken hat bereits der Konkurs verhängt werden müssen. Zwölf Fabriken haben ihre Betriebe geschlossen und die Arbeiter entlassen. Heute wird in Pirmasens eine Konferenz zwischen der Regierung, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgehalten.

Die Diktatur Stinnes.

Düsseldorf, 18. Mai. Bei der hier abgehaltenen Versammlung des Augustinusvereins, eines Verleger- und Redaktionen umfassenden Vereins zur Pflege der katholischen Presse, erklärte Reichspostminister Giesberts, daß er die Erhöhung der Gebühren der Zeitungen bis zum 1. Oktober zurückgestellt habe. Ob das weiterhin noch möglich sei, stehe dahin. Er mache die Zeitungen hauptsächlich auf andere Gründe und Gefahren ihrer Notlage aufmerksam, besonders auf das Streben des Konzerns Stinnes, der schon 64 deutsche Zeitungen und 6 Zellstoffabriken aufgekauft habe.

Ausschreitungen gegen Studenten.

Die „Schles. Ztg." meldet aus **Breslau**: Eine mit Knüppeln bewaffnete Menge beging Sonntag mittag schwere Ausschreitungen gegen die ihren Sonntagsbummel veranstaltenden farbentragenden Studenten in der Schweidnitzer Straße. Den Studenten wurden die Mützen und Bänder abgerissen, mehrere verletzt.

Krawalle in Marienwerder.

Marienwerder, 18. Mai. Die „Neuesten ostpreußischen Mitteilungen" melden: Am Sonntag fand hier eine polnische Kundgebung statt, an der etwa 1600 bis 1700 Polen teilnahmen. Die Polen hatten, da sie sich im Abstimmungsgebiet gegenüber den Deutschen weit in der Minderheit befinden, Zuzug aus Pomerellen gehabt. Dieser Umstand hatte die Einwohnerschaft von Marienwerder sichtlich erbittert. Im Verlaufe der Kundgebung kam es wiederholt zu schweren Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen verwundet wurden. Die Ruhe wurde erst durch das Einschreiten der italienischen Besatzungstruppen wiederhergestellt. Weitere Einzelheiten über die Ausschreitungen konnten bisher nicht bekanntgegeben werden. Die Untersuchung der ganzen Angelegenheit ist in den Händen der interalliierten Kommission in Marienwerder.

Streik der Telegraphenarbeiter Berlins.

Berlin, 18. Mai. Die Telegraphenarbeiter von Groß-Berlin sind heute vormittag in den Ausstand getreten. Sie zogen im Demonstrationszuge durch die Stadt.

Ablehnung der Reichsentschädigung für Streiktage.

Berlin, 18. Mai. Der Reichsrat hat in öffentlicher Sitzung dem Entwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks abgelehnt. Angenommen wurde u. a. der Gesetzentwurf über die Entschädigung verhafteter und verurteilter Elsaß-Lothringer.

Die Verhaftungen in Sangerhausen.

Berlin, 18. Mai. Nach den Abendblättern sollen von den dem Raub in Sangerhausen beteiligten Personen bereits 15 verhaftet worden sein.

Politische Übersicht.

Italien.

Um die Zukunft von Fiume.

Basel, 17. Mai. Die südslawische Presse beginnt, die Öffentlichkeit mehr und mehr auf den Verlust von Fiume vorzubereiten, indem sie das Volk mit einem Gebietszuwachs in Albanien zu trösten sucht. Aus Fiume meldet der Mailänder „Avanti": Die Freischaren d'Annunzios in Fiume stehen vor dem Zusammenbruch. Die mannigfachen Zwischenfälle hatten einen Abzug vieler Offiziere und Soldaten zur Folge, so daß von 20 000 Freiwilligen, die eingezogen sind, nur noch 3000 übrig geblieben sind. Die Bevölkerung von Fiume ist der Militärherrschaft müde und ersucht um den Einzug von Regierungstruppen.

Österreich.

Anschluß Tirols an Deutschland.

Innsbruck, 18. Mai. Zu dem wirtschaftlichen Anschluß Tirols an Deutschland erklärte Landeshauptmann Schraffl, daß die Entente dem Bestreben des Landes, sich wirtschaftlich an Bayern anzuschließen, kein Hindernis in den Weg legen würde.

Rußland.

Finnisch-russische Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 18. Mai. „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Die Regierungskommission, welche die eventuellen Friedensverhandlungen mit Rußland führen soll, wird ihre Arbeiten am 22. d. M. beendet haben. Der Verhandlungsort ist noch nicht bestimmt. Es werden aber u. a. Kopenhagen, Danzig und Reval genannt.

Keine Besetzung von Tiflis?

Konstantinopel, 18. Mai. Havas. Die Nachricht von der Besetzung von Tiflis durch die Bolschewisten wird dementiert. Diese ziehen alle verfügbaren Streitkräfte aus dem Kaukasus zusammen, um gegen die Polen kämpfen zu können.

Serbien.

Ein Koalitionskabinett in Serbien.

Belgrad, 18. Mai. Nach langen Beratungen ist am 15. Mai ein Koalitionskabinett mit Ministerpräsident Wassitsch an der Spitze gebildet worden. Das Kabinett umfaßt neun Mitglieder der ehemaligen Mehrheitspartei und acht Mitglieder der demokratischen Partei, die die Opposition bildeten.

Deutschland.

— **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer** hat auf seiner Tagung in Würzburg nach erregter Debatte mit 262 gegen 28 Stimmen einen Antrag angenommen, der die Einleitung von Verhandlungen zum Anschluß an die „Internationale der Kriegsopfer" und die Entsendung von Vertretern zur Konferenz in Mailand verlangt.

Zur freien Arztwahl.

Der auf Sonntag vom Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen nach **Leipzig** berufene Beirat beschloß den Eintritt des vertragslosen Zustandes am 25. Mai 1920, mittags 12 Uhr. Er sei damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Kassenverbände oder der Regierung nochmals Einigungsverhandlungen mit den Kassenverbänden in einem paritätischen Ausschusse unter einem von beiden Teilen vereinbarten Vorsitzenden gesucht werden. Bedingung sei, daß dort über sämtliche Streitpunkte und unter diesen zuerst über die Frage der freien Arztwahl verhandelt werde, daß vor Beendigung dieser Verhandlungen seitens der Regierung keinerlei Maßnahmen getroffen werden, die in den schwebenden Streit eingreifen. Die für die schiedsgerichtliche Behandlung der Honorarfrage vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtsätze seien völlig unannehmbar.

Ausnahmezustand und Wahlen.

Berlin, 18. Mai. Der Reichsminister des Innern macht in einem Erlasse bekannt, daß nach reiflicher Prüfung die Aufhebung des in einem Teile Deutschlands noch bestehenden Ausnahmezustandes bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht angängig sei. Die Wahlagitation dürfe jedoch keineswegs unnötig eingeschränkt werden. Von Versammlungs- und Zeitungsverboten sei unbedingt abzusehen.

Zu den Wahlergebnissen.

Berlin, 18. Mai. Zu den Wahlen in Braunschweig, Strelitz und Danzig heißt es im „Vorwärts": In allen drei Ländern bewegt sich der Wahlausfall in so verschiedener Richtung, daß eine Voraussage für die Reichstagswahlen in keiner Weise zu stellen ist. Es kommt darauf an, die voreiligen Hoffnungen von rechts zunichte zu machen. Das kann aber nicht geschehen durch den Kampf der sozialistischen Richtungen untereinander.

Die Wahlpolitik des Zentrums.

Stuttgart, 18. Mai. In einer Wahlversammlung in Biberach erklärte Erzberger, das Zentrum müsse eine möglichst nach links gerichtete Politik betreiben, sonst verliere es Millionen von Arbeiterstimmen. Lieber solle es einige Millionen Stimmen von rechts gerichteten Besitzenden verlieren, als diese.

Merseburg und Umgegend.

18. Mai.

(zweitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Es gibt weniger Zucker.** Aus Berlin wird uns gemeldet: Infolge Rückganges der Anbaufläche und ungünstiger Produktionsverhältnisse wurde die Aufrechterhaltung der Zuckerration bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres unmöglich. Die ab 1. Juli d. J. auszugebende Zuckermenge, die bei der bisherigen Ration auf drei Monate reichen würde, muß daher auf vier Monate verteilt werden. Die Verteilung der Zuckerausgabe durch die Kommunalverbände wird dementsprechend eingerichtet werden.

** **Ausstellung von Wahlscheinen.** Bekanntlich muß sich derjenige Wähler, der verhindert ist, am 6. Juni sein Wahlrecht an seinem Aufenthaltsort auszuüben, einen Wahlschein ausstellen lassen. Dann hat er die Berechtigung, an jedem anderen Orte Deutschlands zu wählen. Schluß der Frist, innerhalb deren vom Wahlamt in Merseburg (Altes Rathaus) solche Wahlscheine ausgestellt werden, ist der 29. Mai.

** **Aufhebung der Marmeladenzuckerbeschlagnahme.** Die Sächsische Marmelade und von der zuständigen Reichsgesellschaft mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Es bleibt den Fabriken überlassen, die Preise auf Grund einer eigenen Kalkulation zu errechnen, wobei eine Kontrolle der Preisprüfungsstelle ausgeübt wird. Die Marmelade kann künftig mit beliebigem Zuckerzusatz hergestellt werden. Die bisherige Vorschrift, wonach der Zuckerzusatz 50 Prozent betragen mußte, wird aufgehoben zum den Fabriken zu ermöglichen, die Marmelade zu verbilligen, falls sie mit weniger Zuckergehalt auskommen.

** **Laßt die Blitzableiter nachsehen!** Auf ein rechtzeitiges und zwar noch bevor der Sommer mit seinen Gewittern eintritt, gründliches Nachsehen der Blitzableiter kann nicht genug aufmerksam gemacht werden. Denn ein defekter Blitzableiter kann unter Umständen großen Schaden anrichten und zwar für eine ganze, besonders ländliche Ortschaft, die oft zur Sommerzeit ganz ausgestorben zu sein scheint. Darum lasse man alljährlich durch einen Sachverständigen seinen Blitzableiter instand setzen, soweit dies nicht schon von amtlicher Seite aus geschieht.

** **Kapitalertragsteuergesetz.** Nach dem neuen Kapitalertragssteuergesetz sind Schuldner verpflichtet, bei Zahlung der Zinsen 10 Prozent einzubehalten und an die zuständige Kreiskasse abzuführen. Diese Bestimmung trifft nicht zu für die Sparkassen, da dieselben von dieser Kapitalertragssteuer frei geblieben sind. Die Kapitalzinsen sind daher vor wie nach voll zu zahlen.

** **Landkrankenkasse Merseburg.** In der heutigen Zeitung ist eine Bekanntmachung veröffentlicht über die Erhöhung des Grundlohnes vom 7. April 1920 und die Erhöhung der Beiträge vom 17. Mai 1920 ab. Wir machen auf die Bekanntmachung besonders aufmerksam.

** **Postalisches.** Im Verkehr mit der tschecho-slowakischen Republik gelten für Briefsendungen jeder Art (mit Ausnahme der offenen Mindanzeigensendungen) die Gebührensätze des Weltvereinsgesetzes. Briefe bis 20 Gramm also jetzt 80 ₰ und für jede weiteren 20 Gramm 60 ₰. Postkarten kosten 40 ₰. Briefsendungen mit zollpflichtigen Waren nach Holland werden nicht an die Empfänger ausgehändigt, sondern von der niederländischen Postverwaltung nach dem Aufgabeort zurückgesandt.

** **Freigabe der Einfuhr von Futtermitteln.** Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch eine Verordnung vom 5. Mai die Einfuhr von Ölkuchen und von Fisch- und Fleischmehl freigegeben. Es handelt sich hier um Futtermittel von besonders hohem Eiweißgehalt, deren Fehlen in erster Linie zu dem Rückgang der Milch- und Fettversorgung in den vergangenen Jahren geführt hat. Die freie Zufuhr dieser Futtermittel soll nunmehr mit dazu beitragen, den Wiederaufbau des deutschen Viehbestandes zu beschleunigen.

** **Alte sozialdemokratische Partei.** Zu unserem Bericht über die öffentliche Beamtenversammlung am Sonnabend in der gestrigen Ausgabe ist nachzutragen, daß es sich bei dem Referenten um den Oberpostassistent Kronefeld-Berlin handelte (nicht Postassistent). Dieser war für den angekündigten, aber dringend verhinderten Eisenbahnassistenten Thuran eingesprungen und ist auch als Reichstagskandidat in einem anderen Wahlbezirk aufgestellt.

** **Die Verkaufspreise für Branntwein.** Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hat in Gemeinschaft mit dem Beirat be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0002

schlossen, vom 25. Mai ab die Verkaufspreise für Branntwein auf 700 ℳ pro Hektoliter, den Kleinverkaufspreis für frischen Spiritus auf 4,75 ℳ zu erhöhen. Es wird auf die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" verwiesen.

** Deutsche Margarine für 21 Mark das Kilo. Im Hinblick auf die Besserung der Valuta und die bis hieraus ergebenden Konsequenzen ist zur Vermeidung unliebsamer Preissteigerungen auf verwandten Gebieten die Abgabe der deutschen Margarine zu 21 ℳ pro Kilogramm angeordnet worden. Zur Deckung des dadurch eingetretenen Fehlbetrages werden Reichsmittel bereitgestellt.

** 4 Mark Silberpreis. Auf die betreffende Notiz in der gestrigen Ausgabe teilt uns das hiesige Postamt mit, daß der Silberankaufspreis inzwischen durch die Reichsbank eine weitere Herabsetzung erfahren hat. Der Preis beträgt gegenwärtig 4 ℳ.

** Gaspreis für Mai. Der Magistrat hat den Gaspreis für Mai festgesetzt auf 1,52 ℳ für ein Kubikmeter Koch- und Leuchtgas und 1,62 ℳ für ein Kubikmeter Münzgas (Automatengas).

** Entzogene Genehmigung. Der Magistrat hat die dem Installateur Paul Gehe erteilte Genehmigung zur Ausführung von Arbeiten im Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk wieder entzogen.

** Neue Postwertzeichen. Infolge der Gebührenerhöhung ist der Verbrauch der Marken zu 30, 40, 50 und 80 ℳ so groß, daß diese Marken, um die Herstellung zu beschleunigen, nicht mehr zweifarbig, sondern einfarbig ausgeführt werden sollen. Da nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages die 20, 40 und 80-Pfg.-Marken grün, rot und blau werden müssen, also mit anderen bisher vorhandenen Werten farblich zusammen fallen würden, ist im wesentlichen eine Farbenänderung der ganzen Reihe erforderlich geworden. Die Urstempel sind bereits geschnitten, galvanisch vervielfältigt und die Farben bei Tageslicht und künstlichem Licht erprobt, so daß mit dem Erscheinen der Marken in etwa 4 Wochen zu rechnen ist. Die neuen preisgekrönten Marken werden zurzeit von den Künstlern entsprechend den Anregungen des Preisgerichts vervollkommnet und zum Erzielen einer gewissen Einheitlichkeit umgearbeitet. Alsdann sollen die Arbeiten für die mechanische Herstellung mit besonderer Beschleunigung durchgeführt werden, so daß die ersten Marken, namentlich zunächst die hohen Werte, voraussichtlich in 2—3 Monaten erscheinen können.

** Regierungsmaßnahmen gegen Krauf- und Knollenfäule der Kartoffeln. In einem Regierungserlaß wird angeordnet, daß in jedem Kreise in einigen landwirtschaftlichen Betrieben die Kartoffeln vorbildlich gegen die Krauf- und Knollenfäule mit Kupferkalkbrühe gespritzt werden, damit sich dies Verfahren dadurch wie das Bespritzen der Reben am Rhein einbürgere. Die Ausführung derartiger Musterbeispiele soll zweckmäßig unter Oberaufsicht der zuständigen Hauptstelle für Pflanzenschutz geschehen. Es ist zu hoffen, daß sich die Landwirte im wohlverstandenen eigenen Interesse an der Bespritzung bereit finden, da sich die Aufwendungen durchaus bezahlt machen. Im verflossenen Sommer wurde z. B. ein etwa 100 Morgen großes Kartoffelfeld, das einen Ertrag von 80—100 Zentner für den Morgen versprach, durch die Krauffäule innerhalb weniger Tage zum Absterben gebracht, was den Ertrag um mindestens ein Drittel verringerte!

** Der Kreislandbund Merseburg hält am Freitag den 21. Mai, vormittags 10 Uhr, im Zivoli zu Merseburg seine zweite Hauptversammlung ab. In derselben wird sprechen Gutsbesitzer Boese-Wackenha über „Politik und Landwirtschaft" und der angebliche erste Reichstagskandidat des Landbundes, Landwirtschaftlicher Winterschuldirektor Demeter-Elsterwerda über „Verständigung zwischen Stadt und Land".

** Landwehr-Verein Merseburg. Am 15. d. Mts. hielt der Landwehr-Verein im Ratskeller seine Monatsversammlung ab. Dieselbe erfreute sich, wie alle früheren, eines äußerst zahlreichen Besuches. Es gesetzte sich bei dieser Versammlung auch wieder, welch kameradschaftlicher Sinn die anwesenden Kameraden beherrscht, und wie gern sie sich unter Leitung ihres bewährten ersten Vorsitzenden zusammenfinden. Die Anmeldung neuer Kameraden bestätigt immer wieder, daß bei dem Landwehr-Verein das zu finden ist, wonach sie sich als alte Soldaten sehnen, nämlich die Pflege der Kameradschaft unter den Mitgliedern. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurde zum geselligen Teil übergegangen. Bei von Kameraden zu Gehör gebrachten Musik- und Gesangstücken verlief die Versammlung harmonisch bis kurz vorm. Leider hat aber der Verein einen schweren Verlust zu beklagen. Aus Gesundheitsrücksichten hat der von allen Kameraden hochgeschätzte erste Vorsitzende Kamerad Tänzer sein Amt niedergelegt. Der derzeitige zweite Vorsitzende, Kamerad Ehrich, ist darauf von der Versammlung mit dem Vorsitz im Verein betraut worden. Gewiß sehen die Kameraden den Kamerad Tänzer aus ihrer Mitte scheiden. Sehen die Gen ihm auch fernerhin, obwohl er nicht mehr zu den ihrigen zählt. Verehrung und Dankbarkeit bewahren. P.

** Einen hochinteressanten Abend bringt Direktor Warnas mit seiner Modernen Kunstbühne auf dem Gebiete der Zauberei und Illusion. Die Sartenkunststücke sind verblüffend und etwas neues. Auch die Ringspiele weden starken Beifall; das fliegende Wunderglas, die geheimnisvolle Geisterhand, das Fernsehen und Gedankenlesen wirken wirklich überraschend, und so manches andere, das der Künstler ohne große Dekoration mit einfachsten Mitteln bietet, interessiert allgemein und bringt ihm große Anerkennung. Am interessantesten ist aber „Dr. Faults Höllenfahrt". Nach Art der indischen Fakire und Feuerfresser sind es lebensgefährliche Künste, die es glaubhaft erscheinen lassen, daß dieser Künstler monatelang in einem so angelehnen Zirkus, wie es Sarrasani ist, Tag für Tag als Schlager auftreten konnte. Die Darbietungen sind in ihrer überraschenden Neuheit auch einen sehr guten Besuch wert. So was sieht man nicht alle Tage! Näheres ist im Anzeigenteile dieser Zeitung veröffentlicht.

** Zur Pachnicke-Versammlung. In den Bericht über die Pachnicke-Versammlung der demokratischen Partei in der gestrigen Ausgabe hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, den wir richtigstellen wollen. Im Schluß der Rede des Abg. Pachnicke muß es heißen: Unser ist das Vieh, das von einem der Unsern, Hoffmann u. Fallersleben, geschrieben wurde (nicht Freitagrath).

** St. Bureaukratismus. Daß der bureaukratische Geist noch nicht gestorben, beweist folgendes Stückchen: Eine hiesige Korporation hatte eine Stempelgebühr von 1,50 ℳ an einen Magdeburger Notar zu richten, dieser anscheinend irrtümlich nur 1 ℳ gezahlt. Die hohe Gerichtsstelle Magdeburg-Neustadt, anstatt, was das Natürlichste und Einfachste gewesen wäre, die Differenz dort einzuziehen, setzte den Apparat in Bewegung und ersuchte die Korporation um Zahlung des enormen Betrages von 50 ₰. Es entstanden durch dieses Kunststückchen folgende Kosten:

1. Anfertigung der Kostenrechnung nebst Aufklebens eines Deckstreifs mindestens . . . . . 60 ₰
   Selbstkosten.
2. Übersendungsporto . . . . . 40 ₰
   zusammen mindestens 1 ℳ zu Lasten der Gerichtskasse.
3. Übersendung der Schulsumme von 50 ₰ . . . . . 10 ₰

Ein wahres Glück, daß auf Postscheckkonto gezahlt werden konnte, sonst würden 50 ₰ allein an Porto zu zahlen sein. Ein Kanzlist hat wenigstens versucht, den Betrag mit 70 ₰ durch Nachnahme zu erheben, sein Versuch ist mißglückt, der Vermerk wurde gestrichen. So geschehen im Mai 1920 in Preußen. Welcher Aufwand an unnützer Arbeit und welche Portoverschwendung, eine Aufforderung an den Rechtsanwalt hätte vollauf genügt.

*

Der Wahlauschuß für den 12. Wahlkreis

prüfte heute die eingegangenen Wahlvorschläge. Für gültig wurden erklärt die Wahlvorschläge: 1. Kunert (Unabhängige sozialdemokratische Partei), 2. Krüger (Sozialdemokratische Partei), 3. Dr. Cremer (Deutsche Volkspartei), 4. Delius (Deutsche demokratische Partei), 5. Collet (Zentrum), 6. Hemeter (Deutschnationale Volkspartei) und 7. Schumann (Kommunistische Partei, Spartakusbund). Nicht zugelassen werden konnte der Wahlvorschlag der Nelen (Rietzwitz). Angemeldet, aber nicht eingegangen war ein Wahlvorschlag einer Deutsch-sozialen Partei.

*

Was allein hilft!

Das traurige Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen hat in den letzten Monaten ein immer schärferes Tempo angenommen. Die Ausschlußlosigkeit des Beginnens, der herrschenden wirtschaftlichen Not durch Lohnerhöhungen beizukommen, ist nachgerade zu offensichtlich geworden, als daß heutende Arbeiter achtlos daran vorübergehen könnten. Auf einer vor einigen Tagen im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier abgehaltenen Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes kam diese Erkenntnis voll zum Durchbruch. Es herrschte bei allen Teilnehmern volle Einmütigkeit darüber, daß Lohnerhöhungen auf die Dauer keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeuten. Nicht Lohnerhöhungen wurden deshalb gefordert, sondern erhöhte Produktion und Abbau der Preise. Den Gewerkschaften wurde es zur zwingenden Pflicht gemacht, der Regierung praktische diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten. Wenn die Erkenntnis der Zwecklosigkeit weiterer Lohnerhöhungen und der Notwendigkeit der Produktionssteigerung erst Allgemeingut der gesamten deutschen Arbeiterschaft geworden ist, dann haben wir den ersten Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Gesundung getan.

*

Raubmörder Wolf entwichen!

Der durch die grausige Bluttat in Mücheln am 27. April berüchtigte Raubmörder Wolf, der infolge schwerer Verwundung in das hiesige Krankenhaus eingeliefert werden mußte, ist in vergangener Nacht zwischen 11—½4 Uhr trotz polizeilicher Überwachung entwichen. Die Flucht kann nur möglich gewesen sein mit Unterstützung von Insassen des Krankenhauses und Mitbisse von außerhalb. Der mehrfache Mörder war in Verkehr mit den aus den Kämpfen bei Ammendorf hier befindlichen Verwundeten gekommen. Sofort angestellte Nachforschungen haben bis jetzt keinen Anhalt ergeben, nach welcher Richtung der Verbrecher entflohen ist. Derselbe trägt noch zwei Verbände, einen Bauchverband und einen Verband am rechten Daumen, beide Wunden sind noch offen. Es ist eine ganz außerordentlich traurige Erscheinung, daß sich Menschen bereit finden, einen mehrfachen Mörder, einem solchen Raubtier in Menschengestalt, den Weg frei zu machen, damit er wieder auf die Menschheit, auf die Volksgenossen, losgelassen ist. Diejenigen, die ein solches Verbrechertum unterstützen, stehen in ihrer Moral mit dem Mörder auf gleicher Stufe — sonst könnten sie dazu nicht ihre Hand reichen! Die ganze Angelegenheit bedarf der eingehenden Untersuchung; denn dieser Fall ruft in allen Kreisen der Bevölkerung die größte Erregung hervor. Ein dreifacher Mörder entkommt trotz polizeilicher Überwachung aus dem Krankenhause, bei angeblich schwerer Verwundung, die seinen Transport bisher unmöglich machte! Das dürfte wohl nicht oft vorkommen! Alle übrigen Ausführungen wollen wir uns hier ersparen.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkarten für Mittwoch, 19. Mai.

Anmeldung: Aus städtische Fettmarken 150 Gramm Butter (einschließlich 50 Gramm Sonderzuweisungen). Auf jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck K 50 Gramm Butter. Fettmarken mit dem roten Aufdruck G und L 50 Gramm Margarine.

*

Für die Fußgängerbrücke über die alte Saale

Von weiter bei uns eingegangen von	
Holland, Wiesenbaumeister	5.— ℳ
Geselligkeitsverein „Einigkeit", 2. Spende	85.— ℳ
Stelzer, hier	1.— ℳ
Dr. Kunith, hier	20.— ℳ
Bis 15. Mai	270.— ℳ
Insgesamt	381.— ℳ

§ Crehpau, 18. Mai. Die Deutsche demokratische Partei veranstaltet am Mittwoch abend im Gemeindegasthof hier eine öffentliche Versammlung. In dieser wird Parteisekretär Wolther-Merseburg über „Die Losung am 6. Juni: Parteigezänk oder Wiederaufbau" sprechen. Die Versammlung bezweckt nebenbei den Zusammenschluß aller demokratisch gesinnten Wähler und Wählerinnen in einer Ortsgruppe. Der Besuch kann allen Männern und Frauen nur empfohlen werden.

§ Schkeuditz, 17. Mai. Der Pfingst-Jahrmarkt findet acht Tage nach Pfingsten am Montag und Dienstag statt. — Zu dem von uns gemeldeten Überfall zwischen Hohberg und Großlagel ist zu berichten, daß das von den Wegelagerern gestohlene Rad am Himmelfahrstag abend in Wehlitz aufgefunden wurde. Es stand im Freien und lehnte an einem Baum. Hoffentlich gelingt es, der Wegelagerer recht bald habhaft zu werden.

x. Nahmitz, 18. Mai. Zu der im Wittenbecherschen Gasthofe anberaumten Verpachtung der zur Schmidtschen Ziegelei gehörigen Wiesen hatten sich zahlreiche Bewerber eingefunden, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Das Futter ist begehrt und bei den günstigen Ernteaussichten war es daher auch kein Wunder, daß die Wiesen teuer bezahlt wurden, indem pro Morgen bis 400 ℳ jährliche Pacht kostete und alles an den Mann kam.

§ Porbitz, 18. Mai. Einbrecher waren in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Porbitz bei der Arbeit und sind beim Kaufmann und Bäckermeister O. Müller in den Laden eingebrochen und haben Waren aller Art, auch Lebensmittel in größeren Mengen gestohlen. Auf die Ermittlung der Täter sind vom Besitzer 200 ℳ Belohnung ausgesetzt. — Ferner haben Diebe in derselben Nacht dem Fuhrwerksbesitzer Riedeberger mehrere Hühner und 1 Hahn gestohlen; auf das abgelegene Vorsitentier mußten die Einbrecher verzichten, da dasselbe sein Heil in der Flucht suchte und am andern Morgen in der Nachbarschaft wieder eingefangen werden konnte.

Der letztere Diebstahl ist bereits aufgeklärt, während über den ersteren noch völliges Dunkel herrscht. Es wird erfucht, etwaige Wahrnehmungen und Beobachtungen über den Transport eines Wagens mit großem Butterfaß an der Kohlenbahn entlang nach Markranstädt zu, sowie über Personen mit großen Weidenkippeln usw., den Gendarmerielstationen Porbitz, Dölitz und Kötschau mitzuteilen. — Verurteilt wurden die seinerzeit an den Diebstählen bei Siegmeier-Porbitz usw. beteiligten sechs Personen vor kurzem von der Strafkammer in Halle, und zwar zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1½ Jahr, von denen drei außerdem noch 5 Jahre Ehrverlust erhielten.

§ Lützen, 18. Mai. Das Missionsfest der Ephorie Lützen fand am Himmelfahrtstage, den 13. Mai, von sonnigem Wetter begünstigt, in Schkeitbar statt. Um 2 Uhr hielt in der maiengeschmückten Kirche vor einer festlichen Missionsgemeinde Missionar Weil aus Ostafrika eine Missionsansprache und ermutigte zur getrosten Aussaat des Wortes Gottes und zum fröhlichen Geben für das Missionswerk. Die Festkollekte ergab 181,87 ℳ. In der ebenfalls gut besuchten Nachversammlung im Gasthofssaal um 4 Uhr wechselten allgemeine Lieder, Vorträge des Posaunenchors Lützen und mehrstimmige Lieder des Kinderchors Schkeitbar, sowie des Jungfrauenvereins Lützen miteinander ab und verschönten die Feier. Anschließend hielten Superintendent Jöbicke unter der Losung: „Mache das Ufer weiter" Missionar Weil über Deutsch-Ostafrika, den Heldenkampf der Deutschen und die Treue der Eingeborenen, der Synodal-Vertreter für Mission, Pastor Tebme-Köbschau über „Saat und Ernte". In seinem Schlußwort dankte der Ortspastor Kümmel allen, die zu dem wohlgelungenen Verlauf des christlichen Volksfestes beigetragen hatten. Die vielen Gaben überreicht von Kindern, Jugend-, Frauen- und Kriegervereinen, den Gemeinden und Pastoren der Ephorie in Höhe von 643 ℳ. Missionsschriften wurden für 71 ℳ verkauft.

§ Weißlitz, 18. Mai. Hier kamen zwei Einwohner in Haft, die im Verdacht stehen, den Überfall in die Villa Schäfer in Schkeuditz ausgeführt zu haben.

g. Aus dem Kreise, 17. Mai. Die Frühjahrsbestellung, sowie das Drillen der Rübenkerne und Legen der Kartoffeln gilt nunmehr als beendet. Auch Gurkenkerne und Bohnen sind schon dem Schoße der Mutter Erde anvertraut worden. Die Witterungsverhältnisse begünstigten die Arbeiten, so daß diese flott vonstatten gingen. Der Aufgang der Sommersaaten war ein regelmäßiger und der Stand derselben läßt bei der fruchtbaren Witterung nichts zu wünschen übrig, da auch einige Kälteeinwirkungen durch gehäufte Spitzenbildung wieder überwunden sind. Vom Wintergetreide fällt der Roggen vielfach durch dünnen Stand auf; die Ährenbildung ist allgemein. Weizen hat auch etwas durch Kälte gelitten, entwickelt sich aber wieder kräftiger. Die Kleeaaten haben meist einen üppigen Wuchs, obwohl Rotklee vereinzelt hier und da, besonders älterer Bestand, spärlich steht. Raps wird nur in einzelnen Flächen angetroffen, deren Stand nur ein mittelmäßiger ist. Rüben und Kartoffeln sind auch bereits aufgegangen; hier wuchert das Unkraut gewaltig, so daß das Hacken jetzt im Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Arbeit steht. Die Wiesen haben durchweg gut angesetzt, so daß eine reichliche Heuernte in Aussicht steht.

g Aus dem Elsterkreise, 17. Mai. Der erste Kleeschnitt hat in der hiesigen Feldmarken begonnen. Mit Freuden wird die Grünfütterung in dem landwirtschaftlichen Betriebe begrüßt, dient sie doch gerade dazu, die Milcherzeugung zu steigern und die knapp werdenden Winterfuttermittel zu ergänzen bezw. zu ersetzen. Die Kleeaaten haben meist einen guten Stand und versprechen deshalb einen reichlichen Ertrag; auch läßt die fruchtbare Witterung einen günstigen Nachwuchs erhoffen.

*

Zwei Menschen verschüttet.

Ein sehr schwerer Unfall ereignete sich am Sonntag vormittag in der Grube Pfännerhall in Wernsdorf bei Merseburg. Im Betriebe des Pumpenwerks wurden zwei Arbeiter verschüttet, darunter ein Russe. Beide Arbeiter haben leider ihr Leben eingebüßt.

Mücheln und Umgegend.

18. Mai.

‡ Mücheln, 17. Mai. Betrifft Fettverteilung. In der Woche vom 17. bis 23. d. Mts. kommen auf Fettmarken zur Verteilung: 25 Gramm Butter zum Preise von 0,61 ℳ und 125 Gramm Margarine zum Preise von 3,08 ℳ.

‡ Bennderf, 18. Mai. Einer Zugberaubung scheint man hier auf die Spur gekommen zu sein. Am Sonnabend nachmittag fand Gutsbesitzer Fuhrmann mit seinen Leuten am Bahnhamm an der Holzbrücke, nicht weit vom Bahnhof Mansfeld entfernt, 7 Rollen Sohlenleder und eine Kiste mit Anzügen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Sachen mit der Absicht aus einem vorüberfahrenden Eisenbahnzuge herausgeworfen wurden, um später von den Eisenbahnräubern oder deren Helfershelfern abgeholt zu werden.

‡ Querfurt, 18. Mai. In der am 12. d. Mts. in Querfurt abgehaltenen Versammlung der Lehrerschaft des Kreises Querfurt nahm der hauptamtliche Kreisschulinspektor, Rotkäbl-Mücheln, Gelegenheit, mit derselben in Fühlung zu treten. Er gab u. a. die Tagesordnung für die demnächst in Mücheln oder Querfurt stattfindende amtliche Kreislehrerkonferenz bekannt. Es wurden ferner wichtige Fragen des gesamten Schullebens (Religionsunterricht, Kreiswohlfahrtsamt, Kirchen- und Lehramt, Stundenpläne, ungeteilter Vormittagsunterricht u. v. a.) erörtert und diesbezügliche Beschlüsse gefaßt. Hinsichtlich des Privatunterrichts (Erteilung von Klavierstunden usw.) einigte man sich dahin, eine Vergütung von mindestens 5 ℳ pro Stunde zu fordern.

Wetterwarte.

B. W. am 19. 5.: Meist heiter, trocken, warm. — 20. 5.: Vielfach heiter, trocken, warm.

Turnen — Sport — Spiel.

☆ Ligaspiele an den Pfingstfeiertagen. Die Ligamannschaft des Vereins für Leibesübungen hat sich für den ersten Pfingstfeiertag die Liga-Elf des Turn- und Sportvereins Dessau und für den zweiten Feiertag die des Sp.-Cl. „Germania"-Magdeburg nach hier verpflichtet. Näheres hierüber berichten wir noch an dieser Stelle.

☆ B.T.V. Wie gestern schon in dem Bericht des B.-C. „Hohenzollern" erwähnt wurde, hatte auch der B.T.V. eine Anzahl Teilnehmer zum ersten Thüringer Turn- und Sportfest nach Apolda entsandt. Es wurden auch von ihnen durchweg gute Ergebnisse erzielt, die, wenn sie teilweise auch nicht an die Leistungen einiger „Größen" heranreichten, doch beachtenswert waren und für die Zukunft das Beste hoffen lassen.

☆ „Germania" I gegen Sportklub Mücheln I 0:2 (0:0). Die erste „Germania"-Mannschaft, stark durch Ersatz geschwächt, weilte am Sonntag in Mücheln und mußte trotz überlegenem Spiel eine Niederlage einstecken. Durch falsche Entscheidungen des Schiedsrichters, der gänzlich unfähig war ein solches Spiel zu leiten, wurde den Germanen jede Lust zum Spiel genommen; trotzdem konnte Mücheln nur zwei Tore auf Abseitsstellung erzielen. Dem Schiedsrichter schien die Abseitsregel ein unbekanntes Ding zu sein. — „Germania" II gegen „Hohenzollern" II 0:5 (0:0). — „Germania" III gegen „Preußen" III 2:4 (2:4).

☆ Merseburger Schwimmerschaft. In den Badeanstalten heute vormittag: Wassertemperatur 18 Grad. Lufttemperatur 23 Grad.

☆ Modell-Wettfliegen in Halle. Am Sonntag fand bei schönem Wetter und zahlreicher Beteiligung das „Erste Modell-Wettfliegen" des „Flugtechnischen Vereins Halle a. S. und Umgebung von 1914 E. V." auf den Brandbergen statt. Erschienen waren 12 flugfähige Modelle, von denen einige ganz besonders durch ihre gute Konstruktion und durch ihre Exakt saubere, gediegene Arbeit auffielen. Zum ersten Wettbewerb (Bodenstart für Weitflug) starteten im ganzen 9 Modelle, von denen die Besten in gerader Richtung 50 Meter und in Kurvenflügen sogar 90—100 Meter zurücklegten. Gleichfalls wurden sehr günstige Resultate erzielt beim Handstart für Weitflug. Hierbei erreichten etliche Modelle in gerader Richtung 65 Meter und bei Kurvenflügen weit über 100 Meter. Im Höhenwettbewerb wurde eine durchschnittliche Höhe von etwa 10—15 Meter erreicht. Zum Schluß war ein Wettbewerb für Dauerflug vorgesehen. Die längste Flugdauer erzielte ein Modell mit 11½ Sekunden, wobei eine Strecke von über 100 Meter zurückgelegt wurde. Im allgemeinen sind die erzielten Resultate als durchaus befriedigend zu bezeichnen gewesen und es sind die besten Aussichten vorhanden, daß der Modell-Flugsport durch solche oder ähnliche Veranstaltungen auch nach mehrere Freunde erwerben wird.

Handel und Verkehr.

= Berliner Warenmarkt vom 15. Mai. Es wurden bezahlt für 50 Kilo bahnfrei: Hafer sofort 160, Flegelstroh 12—14, Preßstroh 11, bis 12, Maschinenstroh 10—13, Wicken 100—110, Peluschken 105—115, Ackerbohnen 105—115, Luxinen 65—72, Kartoffelnerbsen 260—320, kleine Erbsen 180—210, Seradella 60—63 für 50 Kilo in Verladestation, Hücksel 22—25, Wiesenheu 20—23, Feldheu 24—25, Kleeheu 29—35 ℳ.

Merseburger Überlandbahnen-Aktiengesellschaft.

In der am 17. Mai d. Js. stattgefundenen Generalversammlung wurde der Jahresbericht und die Schlußrechnung genehmigt.

Der Abschluß bezieht sich, nachdem die Strecken bahn Halle-Merseburg von den Überlandbahnen in Pacht genommen worden ist, mit auf diese Betriebsstelle, und zwar vom 1. Juli 1918 an.

Das Endergebnis kann trotz der außerordentlich gestiegenen Material- und Lohnkosten noch als ausreichend angesehen werden, und zwar weil die notwendigen Fahrpreiserhöhungen rechtzeitig und gleichlaufend mit den Unkostensteigerungen vorgenommen werden konnten.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt nach Abzug sämtlicher Rücklagen mit einem Reingewinn von 1 098 287,7 ℳ ab, welcher die Verteilung einer Dividende von sechs Prozent nebst einer die Vorzugsaktien in Höhe von 1 800 000 ℳ als auch auf die eingezahlten Stammaktien in Höhe von 2 200 000 ℳ auf ein halbes Jahr zulässt.

Dem Erneuerungsfonds sind mit Rücksicht auf die während des Krieges infolge der Materialknappheit unterbliebenen dringenden Erneuerungen (namentlich auf der Strecke Halle-Merseburg), die bei den heutigen Preisverhältnissen einen Kostenaufwand von etwa 6 000 000 Mark erfordern würden, 375 000 ℳ zugeführt.

In den Jahre 1919 wurden auf den Betriebslinien Halle-Merseburg, Merseburg-Mücheln und Merseburg-Rössen insgesamt 1 490 138 Wagenkilometer gefahren. Befördert wurden in dieser Zeit 6 521 045 Personen, welche eine Gesamteinnahme von 2 260 804,11 ℳ erbrachten. An sonstigen Einnahmen, für Licht- und Kraftabgabe, sowie Installationsgeschäfte ergaben sich 197 714,46 ℳ, so daß sich die Gesamteinnahmen im Jahre 1919 auf 2 458 518,57 ℳ beliefen.

Hierzu kommen noch die Einnahmen der Fernbahn Halle-Merseburg für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918 mit insgesamt 438 524,26 ℳ.

Wie aus den Ausführungen des Vorstandes noch hervorging, hat die letzte Tariferhöhung am 1. Mai 1920 einen Rückgang der Benutzung sämtlicher Linien von etwa 20 bis 25 Prozent in den ersten zehn Tagen zur Folge gehabt, es wird also auch in der Zukunft mit einem Rückgang in dieser Höhe gerechnet werden müssen, insbesondere, wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage eine Besserung nicht erfahren sollte.

Vermischtes.

* Eine eigenartige Wette. Aus Oldenburg wird gemeldet: Ein Geschäftsmann aus Rodenkirchen hat von einem hiesigen Weinhändler ein 700-Literfaß gekauft. Daraufhin hat sich ein anderer erboten, dieses Faß binnen 48 Stunden nach dem 40 Km. von hier entfernten Rodenkirchen zu rollen. Es handelt sich um eine Wette von 2000 ℳ, die angenommen wurde.

* Im Wachtlokal ums Leben gekommen. Durch ausströmende Kohlenoxydgase sind zwei Wachtleute des Nebenerzbahnhofs des Eisenbahnregiments in Bonn um ihr Leben gekommen. Sie hatten sich im Wachtlokal während der Nacht kurze Zeit zur Ruhe hingelegt, wobei das Unglück eintrat.

* 80 Personen wegen Verkaufs gestohlener Anilinfarben verhaftet. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wurden in letzter Zeit große Mengen von Anilinfarben entwendet. Nunmehr konnten in München achtzig Personen, größtenteils Diebe, verhaftet werden, die von den gestohlenen Farben verkauft hatten. Sechs Zentner Farben im Werte von 60 000 bis 70 000 ℳ wurden beschlagnahmt.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rühner, für Provinz, Lokales und Philipp Schmitt
für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ashmus, Berlin-Wilmersdorf, Bundacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rühner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die wohltuenden Beweise zahlreicher und aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, ist es mir nicht möglich, jedem einzelnen zu danken, so spreche ich nur auf diesem Wege meinen tiefgefühltesten Dank aus.
Benndorf, d. 17. 5. 1920.
Minna Rüster geb. Kunze.

Kirschenverpachtung

Der diesjähr. reichliche Kirschenanhang der Stadt Mücheln soll **Mittwoch, den 26. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr,** im hiesigen **Ratskeller,** Zimmer links, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Mücheln, den 17. Mai 1920.
Der Magistrat.

Freiw. Auktion.

Donnerstag, den 20. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr, findet im Grundstück zum **Burgschlößchen** zu Burg i. Aue bei Ammendorf der Verkauf folgender Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt und zwar: 15 Stck. Obstleitern, 70 Obstschwingen, 10 Obstkörbe, ein Billard mit Zubehör und 1 Satz Elfenbeinbälle, 1 zweistimmig. Gaskocher sowie 30 Stck. Stühle und verschiedenes andere mehr.
Im Auftrage des Besitzers:
Albert Franke, Auktionator.

Besserer Herr sucht **einfach möbl. Zimmer.** Bett u. Bettwäsche kann evtl. gestellt werden. Ang. unt. **1161** an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer für sofort od. später von jungem Kaufmann gesucht. Angebote unter **1159** an die Exp. d. Bl.

Zugezogener, anständig., junger Herr sucht ein möbl. Zimmer evtl. Schlafstelle. Angeb. unter **1149** an die Exped. d. Bl.

Lokomotiv-Führer sucht
/ Schlafstelle. /
Ang. u: **1157** an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch Halle-Merseburg. Herrschaftl. 5- od. 6-Zimmerwohnung mit Bad u. reichl. Zubehör in Halle geg. größ. Wohnung in Merseburg bald od. in einigen Monaten zu tauschen gef. Ang. unt. **1162** an die Exp. d. Bl.

15000 Mark
zur ersten Stelle zu vergeben.
Edm. Gottmannshausen, Lützen.

Laden
zu mieten oder
Grundstück
zu kaufen gesucht.
E. N. Renner, Markt 18, 1 Tr.

Die Hausgrundstücke Gr. Ritterstr. 23—25 und Georgstr. 4 sollen gegen Meistgebot unter Vorbehalt des Zuschlags **verkauft** werden. Angebote bis 3. 6. d. J. abzugeben **Gr. Ritterstr. 27.**

Neuen feldgrauen Anzug zu verk. **Leunaer Str. 19 II.**

Weisses Kleid, fast neu, für mittlere Fig. pass., preiswert zu verk. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

1 blauer d. Mantel, 1 weißer Knaben-Anzug (7—8 Jahre), 1 gelber Knaben-Anzug (4—5 Jahre), 1 weiße und 1 dunkle Weste zu verkaufen
Seltenbeutel 3, 2 Tr.

1 Paar neue Militär-Stiefeln Größe 26½, zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

1 Paar neue Herrenschuhe (Größe 47) preiswert zu verkaufen **Nordstr. 12 I. l.**

1 Paar gute Stiefeln (Gr. 43) und 1 gelber Anzug für K. von 11—14 J. billig zu verk. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

1 Paar schwarze Damenstiefeln Gr. 38, sehr billig zu verkaufen **Kleine Sittichstraße 7.**

1 Paar Kinderhalbschuhe (Nr. 29) zu verkaufen
Obere Burgstr. 13, 3 Tr.

Neuer eleg. Strohhut umständehalber preiswert zu verk. **Beyer,** Gotthardtstr. 39 I, l.

Ein Kinderwagen billig zu verk. **Sand 3, 2 Tr.**

Die Verlobung unserer Kinder Erna und Paul geben wir hierdurch bekannt.
Ernst Eißner u. Frau.
Gustav Schleußner u. Frau.

Erna Eißner
Paul Schleußner
Verlobte.

Leuna, den 18. Mai 1920.

Für die uns anlässlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch unseren herzlichen Dank!
Niederbeuna, den 18. Mai 1920.
Hermann Müller und Frau
Anna geb. Schönfeld.

Montag nachmittag 3 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unser heissgeliebtes
Hannchen
im Alter von 2½ Jahren.
Dies zeigen an in tiefem Schmerze
Richard Spott und Frau geb. Warstat
nebst Großeltern.
Merseburg, den 18. Mai 1920.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Hirtenstrasse 14, aus statt.

Nachruf.

Am 16. Mai verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unser liebes Vereinsmitglied, der
Schaffner-Anwärter
Otto Witter.
Wir werden ihm ein ewiges Andenken bewahren.
Merseburg, den 18. Mai 1920.
Der Eisenbahn-Verein.

Infolge eines tragischen Unglücksfalles verstarb am Sonntag, den 16. d. Mts., bei Ausübung seines Berufes unser Werkstattmeister
Friedrich Hofmann
Wir verlieren in Herrn Hofmann einen tüchtigen, gewissenhaften und pflichttreuen Beamten, der uns durch seine reiche Erfahrung und durch sein grosses Interesse für unser Werk wertvolle Dienste geleistet hat. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Ruhe sanft!
Hallesche Pfännerschaft
(A.-G.), Halle a. S.,
Werksdirektion Pfännerhall.

Fern von der Heimat verschied am Sonntag, den 16. d. Mts., infolge eines Unglücksfalles bei Ausübung seiner Arbeit der russische Kriegsgefangene
Nikolai Guricar
Er war ein braver, tüchtiger Arbeiter, dessen frühzeitiges Hinscheiden wir bedauern.
Ruhe sanft!
Hallesche Pfännerschaft
(A.-G.), Halle a. S.,
Werksdirektion Pfännerhall.

Kirchen-Verpachtung.

Die diesjährige Kirchennutzung auf der Straße **Arteern-Merseburg-Leipzig** soll auf Meistgebot verpachtet werden und sind hierzu Termine wie folgt festgesetzt:
Freitag, den 21. Mai 1920,
vormittags 9 Uhr im Gasthofe zu Günthersdorf für die Strecke km 68,8—69,642.
Mittags 12 Uhr im Gasthofe zu Wallendorf für die Strecke km 58,3—59,5.
Bedingungen im Termin.
Merseburg, den 13. Mai 1920.
Der Straßenmeister. Wend.

Ein Transport
großer Futterschweine
eingetroffen.
Ernst Baumann. Gotthardtstr. 30.

Klavier, tafelförmig, zu verkaufen **Schmalestraße 4, 1 Tr. l.**

Maschine zur Wäsche sticken verkauft **Frankleben,** Weißenfelser Str. 7.

2 Warenschränke
mit Glasschiebtüren und Schubkästen verkauft
Wilhelm Köhler,
Gotthardtstraße 5.

2 Ladentische
(eichene), Größe 4,85/0,68, sowie
mehrere Rolljalousien
(passend f. kleinere Schaufenster), sämtlich noch gut erhalten, sind abzugeben.
Besichtigung von 11—1 Uhr.
Merseburg, Markt 13, Laden.

Zink-Badewanne mit Ofen zu verk. **Weiße Mauer 7,** Hof.

½ Elektro-Motor
(220—380 Drehstr.) zu verkaufen
Gustav Engel Söhne.
— Fernruf 203 —

Kreislandbund Merseburg

2. Hauptversammlung
am Freitag, den 21. Mai d. J., vormittags 10 Uhr, in Merseburg, „Tivoli" (großer Saal).

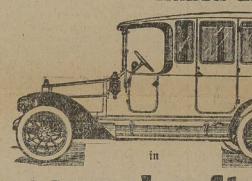
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Herrn Gutsbesitzer **Boes-Mockrehna** über: **Politik und Landwirtschaft!**
2. **Vortrag** des 1. Reichstagskandidaten, Herrn landwirtschaftl. Winterschuldirektor **Hemeter-Elstermerda** über: **Verständigung zwischen Stadt und Land!**

Alle Mitglieder der dem Landbund angeschlossenen Organisationen mit ihren Damen werden gebeten, vollzählig zu erscheinen. — Gäste sind willkommen!
Der Vorstand.
Niele. Wartgenstedt. Beyling. Brenning. Ehlers. Weber. Weißhuhn.

Mittwoch, den 19., und Donnerstag, den 20. Mai im Saale des „Tivoli"
Wiederholungs-Auftreten von
Direktor Warnas des größt. Zauberkünstlers
∴ der Jetztzeit. ∴
Hypnose — Telepathie — Fingerfertigkeit. Mirakel, die Dame mit dem sechsten Sinn!
Ferner die Hauptnummer:
Dr. Faust's Höllenfahrt und Höllenzwang.
Alles Künste, die außer im Zirkus **„Sarasani"** noch niemals in Deutschland gezeigt worden sind. — Vorverkauf bei Herrn **Brendel,** Zigarrengeschäft: Sperrsitz 3,50 Mk.; 1. Platz 2,50 Mk.; 2. Platz 1,50 Mk. ohne Billettsteuer. — Ein glänzendes Programm verspricht und ein volles Haus erwartet **Dir. Warnas.**

Auto Engel, Merseburg, Automobilwerk.

Für den hiesigen Bezirk haben wir die General-Vertretung der 3 Fabriken
Brennabor
N. A. G.
Hansa Lloyd



Fernruf 203. Fernruf 203.

in
Personenkraftwagen
Lastkraftwagen
neu übernommen. Wir bitten die verehrten Automobil-Interessenten bei Bedarf sich unserer Firma und dieser rühmlichst bekannten Fabrikate bedienen zu wollen u. Offerten einzuholen.

Ersatz- und Zubehörteile. — — Auto-Bereifungen.

Gustav Engel Söhne. — Fernruf — 203.

Futterfestes Schwein zu verkaufen **Brühl 10.**

Junge und alte Kaninchen verkauft **Friedrichstr. 15.**

2 Ziegenlämmer zu verkaufen **Neumarkt 58.**

Verkaufe:
1,6 Hühner 1918
1,1 Tauben 19
2,0 Zwerghähne 19.
Neu-Rößen, Merseburg Str. 21.

Glucke mit 5 Küchen und Glucke zu verkaufen **Bowerk 13.**

1 Glucke mit 14 Küchen zu verkaufen **Schkopau,** Gasthof.

Neuen oder getragenen, aber **guterh. Sommerüberzieher** oder **Staubmantel** zu kauf. ges. Ang. unt. **1156** an die Exp. d. Bl.

Damen-Halbstiefel (neu), Größe 37, zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unter **1135** an die Exp. d. Bl. erb.

Weiße Kinderstiefel Gr. 30, zu kaufen gesucht. Angebote unter **1158** an die Exped. d. Bl.

Sportwagen mit Verdeck zu kaufen gesucht. Angeb. unt. **1160** an die Exped. d. Bl. erb.

Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen (neu) in allen Größen zu kaufen gesucht. **Otto Knorr, Halle Saale,** Schillerstraße 35.

Jeden Posten
Matulatur
kauft auf
Geschäftsstelle des **„Merseburger Korrespondent".**

Empfehle Ia frischen
Spargel
täglich.
Emil Weidling,
Obere Breite Straße 19.
— Fernruf 469. —

Seefisch
frisch eingetroffen bei
Emil Wolff.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, frischer auch veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Frist ohne Höllenstein und scharfe Einspritzungen. **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber und schmerzhafte Einspritzungen. **Mannesschwäche,** schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung. Über jed. d. drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlr. Attest. Einsichten u. hundertem freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer Strasse 123B. Sprechzeit: 8—11, 3—4, — Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe d. Leidens erforderl., damit richtige Broschüre gesandt werden kann

---

Schuhe
— in allen Sorten und Größen —
kauft man am besten und billigsten bei
Rich. Schmidt jr., Seitenbeutel 3—5.

Waldhaus Mücheln
Telephon 237.
Herrl. Ausflugsort!
Vorzügliche Verpflegung!

Hotel.
H. Lotzmann, Luisenstraße 10.

Musik.
6 Mann Musik für 2. und 3. Feiertag sowie Kleinpfingsten noch frei. **Kurze Straße 2, I** od. **Tel. 611, Rolands Restaur.**

Junger Mann
(Beamter), 21 J., hell. Charakter, sucht Bekanntschaft einer jungen, hübschen Dame entsprechenden Alters. Angebote unter K. V. Leuna Werke postlagernd.

Strebsamer Handwerker, 30 J., Gehörfehler, **sucht Bekanntsch. mit Dame** passt. Alters, eventl. Witwe mit K. Nur streng reelle Ang. u. **1155** an die Exp. d. Bl.

Schwerbeschädigter
für **Lohnbuchhaltung** wird sofort eingestellt. Bewerbungen mit Lebenslauf sind zu richten an **Julius Berger,** Aeßbau A.-G., Baubüro Kördisdorf Bezirk Halle a/S.

Suche sofort
jungen Arbeiter
Fritz Lebert, Burgstr. 18.

Arbeiter gesucht
Dammstraße 3.

Ordentl. Laufjungen
für einige Nachmittagsstunden gesucht. **Dentist Lotzke,** Markt 19.

Zwei flotte Stenotypistinnen
zum sofortigen Antritt von hiesiger Maschinenfabrik gesucht. Schriftliche Angebote unt. **1113** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Stenotypistin,
gewandt und zuverlässig, keine Anfängerin, zum 1. 6. gesucht.
Friedrich Lehmann,
Getreidegeschäft.

Wir suchen für unser Hauptkontor zum baldigen Antritt ein tüchtiges
Fräulein
aus guter Familie für Schreibmaschine, Registratur u. Kontorarbeiten.
Angebote mit Ansprüchen an **Zuckerfabrik Kördisdorf A.-G.** Kördisdorf.

Zeitungs-Austrägerin
sucht **G. Kleineri,**
Kleine Ritterstraße 18.

Frauen und Mädchen
zur **Feldarbeit,** auch halbe Tage, werden angenommen
Breite Str. 22.

Solides, gut empfohlenes
Mädchen
für Küche und Haus sucht
Frau **von Bose,** Karlstr. 23.

Ein Hausmädchen
(am liebsten vom Lande) sucht sof. **Weniger,** Obere Breite Str. 5.

1 Mädchen
für Küche und Haus gesucht.
Frau Dr. Brock, Kol. Rössen, Mittelstraße 21.

Suche per sofort oder 1. Juni ehrliches, fleißiges
Mädchen
nicht über 16 Jahre.
Plaut, Kleine Ritterstraße, Lederhandlung.

Ein junge. Mädchen, welches Ostern aus d. Schule gek. ist, in gut. Hause s. leicht. Dienst zum 1. 6. ges. **Hallesche Str. 34.**

Ein ordentl. Mädchen für die Wäsche gesucht. Monatslohn 70 Mark.
Städtisches Krankenhaus.

Aufwartung gesucht
Gutenberstr. 11, pt.

Aufwartung für vormittags gesucht **Markt 31 II.**

Gelbe Milchkarte (auf den Namen Gertrud Grünert) **verloren.** Abzugeben **Unter-Altenburg 57.**

Schwarz. Regenschirm, welcher versehentlich im Geschäft des Herrn Schmeißer mitgenommen wurde, bitte ich dort wieder abzuliefern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 105. Mittwoch den 19. Mai 1920. 46. Jahrg.

Zu den Reichstagswahlen.

Ein früherer Konservativer über die Deutschnationalen.

Herr Major a. D. v. Krocher schreibt im „Berl. Tagebl.":

Die maßlose monarchistische Agitation der immer extremer sich entwickelnden Deutschnationalen Partei zwingt nunmehr auch Leute, die früher, ihrem Berufe entsprechend, auf dem Boden der konservativen Partei standen, sich von den Deutschnationalen abzuwenden, die mit den Unabhängigen zusammen heute die gefährlichsten Gegner der jungen demokratischen Republik geworden sind. Gemäßigte Elemente sind bereits aus der Partei ausgetreten, viele werden noch folgen, und in der jungen Generation, die heute noch nicht ans Ruder gelangen kann, gewinnt eine gemäßigte Richtung die Oberhand.

Es ist ein Unglück, daß diese Partei nicht einsehen kann und nicht einsehen will, wir irrtümlich die Idee von dem berühmten „Dolchstoß von hinten" ist. Sie will noch nicht begreifen, daß die Revolution nicht eine Tat gewissenloser Elemente, sondern die notwendige Folge davon war, daß unsere maßgebenden politischen und militärischen Stellen nicht das richtige Augenmaß für die Kraftgrenze des deutschen Volkes besaßen. Der Bogen wurde überspannt und zerbrach in Deutschlands schicksalschwerster Stunde. Die Revolution war durch die Mündigkeit und die Unentschiedenheit unserer Führung eine historische Notwendigkeit geworden. Die Schuld an der Revolution trägt aber nicht das Volk, sondern sie lastet auf seinen Führern. Ein so beispiellos opferwilliges Volk wie das deutsche ändert sich nicht von heute zu morgen. Es hatte alles hergegeben, was es besaß an Gut und Blut, es hatte gehungert und gedarbt, aber einmal kommt die Grenze, die nicht überschritten werden darf. Noch im Frühjahr 1918 ging die Armee mit neuem Mut an die große Offensive heran. Als sich aber auch hier zeigte, daß die Mittel unzureichend, die Reserven in nicht genügender Menge vorhanden waren, als sich weiterhin zeigte, daß das Versprechen der Obersten Heeresleitung, daß die Wirsel zu unseren Gunsten gefallen sein würden, bevor die amerikanische Hilfe in großem Stile einsetzte, nicht gehalten werden konnte, da war das Siegesbewußtsein auch in den besten Divisionen zerbrochen. Sie taten trotzdem weiter ihre Pflicht — nicht nur, bis der Kaiser seine Armee verließ, sondern teilweise bis zum Einmarsch in Deutschland. —

Trotzalledem glauben noch heute die Führer und die Verführten der Deutschnationalen Partei, daß wir den Krieg zu einem ehrenvollen Abschluß hätten bringen können, wenn das Volk nicht im entscheidenden Augenblicke verlagt hätte. Möchte ihnen doch endlich die Binde von den Augen fallen, möchten sie doch endlich bedenken, daß ihre heutige Verneinung der jungen demokratischen Republik ein ebenso schwerer Fehler ist, wie die Kurzsichtigkeit derer vergeblich war, die den Zusammenbruch nicht kommen sahen und ihn nicht rechtzeitig verhüteten. Aber es ist leichter für ein Kamel, durch ein Nadelöhr zu gehen, als für einen Konservativen, sich auf den Boden der demokratischen Republik zu stellen. —

Die Republik reicht jedem die Hand, der sich ehrlich an dem Wiederaufbau beteiligen will. Fast jede Revolution hat ihre Gegenrevolution gehabt, und so hat auch die Kapp-Periode, so schädlich und hemmend sie auch gewesen sein mag, das Gute und Klärende gehabt, daß sie gezeigt hat, daß das Volk von dem geistigen Militarismus der alten Epoche nichts mehr wissen will.

Die Weitsichtigeren unter den Deutschnationalen sollten sich doch endlich sagen, daß gerade dank ihrer eigenen bisherigen unheilvollen Politik die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes auf absehbare Zeit hinaus für eine Monarchie, auch für eine demokratische, nicht mehr zu haben ist. Die Unfähigkeit der monarchischen Regierung, die namenlosen Elend über das deutsche Volk gebracht hat, war eine zu große. Mit ihrem jetzigen sinnlosen Verfahren arbeiten die Deutschnationalen lediglich den Unabhängigen in die Hände, — sie können den Aufstieg der jungen deutschen Demokratie wohl verlangsamen und schädigen, auf die Dauer aber nicht verhindern.

Wir möchten diesen bemerkenswerten Ausführungen hinzufügen, daß auch bei einer Stimmabgabe für die Deutsche Volkspartei dasselbe Resultat herbeigeführt wird. Beide Rechtsparteien treiben dieselbe reaktionäre Politik. Nimmt Radikalismus links infolgedessen an Stimmen zu und steht ihm ein reaktionärer Block der Rechtsparteien gegenüber, dann ist das politische und wirtschaftliche Chaos da. Das mögen die Wähler bedenken. Regierungs- und arbeitsfähig können wir unser Vaterland nur durch eine starke Demokratie erhalten. Einen anderen Weg zum Weiterleben als Staat und Volk gibt es für uns nicht.

th.

*

Reichskanzler Müller und Scheidemann im Wahlkampfe.

Berlin, 17. Mai. Die Mehrheitssozialisten in Franken eröffneten gestern den Wahlkampf mit einer Versammlung, in der ihr erster Reichstagskandidat, Reichskanzler Müller, wie der „Deutschen Allg. Ztg." berichtet wird, etwa ausführte:

Angesichts der immer wieder auftretenden Meinung, als ob von Bayern ein Anstoß gegeben werde zur Errettung Deutschlands, freue es ihn, als jetziger Reichskanzler gerade in Bayern als Kandidat aufgestellt zu sein. Solche Bestrebungen zur Errettung Deutschlands würde an dem eisernen Willen der süddeutschen Arbeiter zerschellen.

In Frankfurt a. M. sprach gestern Scheidemann vor einer sozialdemokratischen Massenversammlung. Er betonte, daß für jeden Sozialdemokraten zwar die Internationale ihre Bedeutung behalten habe, höher als sie aber stehe ihm das Wohl und Wehe des deutschen Volkes. Dem Rätegedanken, wie er in Sowjetrußland zu unfruchtbarer Herrschaft gelangt sei, erteilte Scheidemann eine scharfe Absage.

Ohne Wahrheit des derzeitigen Reichskanzlers.

Nürnberg, 18. Mai. In einer sozialdemokratischen Versammlung sprach am Sonntag als Reichstagskandidat der Reichskanzler Hermann Müller. Er sagte u. a.: Die Aufrichtung einer russischen Sowjetregierung reize nicht zur Nachahmung. Der Kapp-Putsch habe das Ansehen der deutschen Republik und der deutschen Demokratie im Auslande ungeheuer gehoben. Der Völkerbund müsse so werden, daß die Völker auch etwas zu sagen haben. Eine Besetzung durch Senegalneger dürfe nicht mehr möglich sein. In einer Polemik gegen die Deutschnationale und die Volkspartei erklärte Müller, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen jemals mit der Deutschen Volkspartei eine Koalition bilden werde. Bevor nicht in Frankreich und England der Sozialismus Einfluß gewinne, könne in Deutschland die Sozialisierung unmöglich durchgeführt werden. Die Gefahr einer Diktatur des Proletariats sei geringer als die der Schwerindustrie, die jetzt durch Zeitungsaufkäufe die öffentliche Meinung beeinflussen wolle. Deutschland könne nur geholfen werden, wenn die ganze Wirtschaft durch und durch organisiert werde. Das sei die Vorsorge der Sozialisierung überhaupt. Über die Wahlaussichten der Mehrheitssozialisten äußerte sich der Kanzler sehr optimistisch.

Demokratische Kandidaturen.

Berlin, 18. Mai. Auf der demokratischen Reichsliste, die voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche bekanntgegeben wird, werden stehen: Reichswehrminister Dr. Geßler, der württembergische Kultusminister b. Hieber, dann der frühere Reichsschatzsekretär Graf Rödern, der Polizist Walter Bernstt, Admiral v. Trappel, der Geschäftsführer der demokratischen Partei Jansen und eine Anzahl Vertreter der Landwirtschaftsverbände und Organisationen, u. a. der frühere nationalliberale Abg. Otto Keinath.

Ergebnisse von den Landtagswahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Mai. Bei der gestrigen Landtagswahl wurden insgesamt gezählt für den Landeswahlverband (vereinigte bürgerliche Parteien) rund 83 378 Stimmen, für die Unabhängigen 81 310, die Mehrheitssozialisten 62 680, die Demokraten 24 525 und die Kommunisten nur 2462 Stimmen. Eine größere Zahl ländlicher Bezirke steht noch aus, die vorwiegend dem Landesverband noch einen erheblichen Stimmenzuwachs bringen dürften. Voraussichtlich verteilen sich die 60 Abgeordnetensitze im neuen Landtag folgendermaßen: Landeswahlverband 28—24, Unabhängige 23, Mehrheitssozialisten 7—8 und Demokraten 6 Sitze. Für die bürgerlichen Parteien wurden nach der bisherigen Zählung insgesamt 92 540 und für die sozialdemokratischen Parteien 102 890 Stimmen abgegeben. Bei der Landtagswahl am 22. Dezember 1918 erreichte die mehrheitssozialdemokratische Partei 58 708 Stimmen und 17 Sitze, der Landeswahlverband 55 616 Stimmen und 16 Sitze, die Unabhängigen 51 668 Stimmen und 14 Sitze und die Demokraten 46 291 Stimmen und 13 Sitze. Die beiden sozialdemokratischen Parteien verfügten im alten Landtag über eine Zusammenmehrheit von zwei Stimmen; 31 Sozialdemokraten standen 29 bürgerliche Abgeordnete gegenüber. Die Entscheidung darüber, ob der neue Landtag abermals eine sozialdemokratische Mehrheit aufweisen wird, können erst die noch ausstehenden Wahlergebnisse bringen.

Sieg der bürgerlichen Parteien in Mecklenburg.

Neu-Strelitz, 17. Mai. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet, wurde bei den gestrigen Wahlen zum zweiten ordentlichen Landtag ein bürgerlicher Sieg erzielt. Die bürgerlichen Parteien erhielten insgesamt 19 Sitze und zwar die Handwerker 4, die Demokraten 3 und die Wirtschaftliche Vereinigung 10 Stimmen, während die Sozialdemokraten insgesamt nur 16 Sitze erhielten. Im bisherigen ersten ordentlichen Landtag war eine sozialdemokratische Mehrheit von zwei Mandaten vorhanden.

*

Dr. Damaschke als demokratischer Reichstagskandidat.

Von der Ortsgruppe Merseburg des Bundes Deutscher Bodenreformer wird uns folgendes geschrieben:

Wie uns mitgeteilt wurde, hat in der zweiten Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei im Tivoli der Generalsekretär Hintzmann-Halle dem Führer der deutschen Bodenreformbewegung, Dr. Damaschke, den Vorwurf gemacht, daß er sich für die demokratische Partei habe aufstellen lassen. Ob der Eintritt Dr. Damaschkes in den Wahlkampf einen Vorteil oder Nachteil für unser politisches Leben sei, mag den Lesern der nachfolgende Artikel eines gewiß unparteiisch zu nennenden Blattes erklären. Er lautet:

Neue Wege im Wahlkampf?

Eine der ersten Versammlungen im Kampf um die Ostmark, in der Dr. Damaschke über Bodenreform und Demokratie sprach, fand in Schneidemühl statt. Die dortige erscheinende „unabhängige nationale Tageszeitung", das „Schneidemühler Tageblatt", beginnt ihren Aufsatz über diese Versammlung (Nr. 103) mit folgenden grundsätzlichen Ausführungen:

„Es wäre besser um unser Volk bestellt, wenn uns mehr Männer vom Geiste, vom Wollen und Können eines Damaschke erstehen würden. Diese Überzeugung nahm ein jeder mit nach Haus, der die gestrige Wahlversammlung der Deutschen demokratischen Partei, in der Dr. Adolf Damaschke vor einer außerordentlich zahlreichen Wählerschaft sprach, besucht hatte. Nichts von den bekannten Wahlreden mit ihren Schlagworten, keine leidenschaftlichen Zwischenrufe, politisch Andersdenkender. Ein anderes Bild: Eine feierliche andächtige Versammlung. Dr. Damaschke sprach aus seinem Leben und Wirken, sprach von des Volkes Not und Elend. Wie eine Offenbarung gingen seine Worte von Versöhnung zwischen Idealismus und Arbeit, von treuem Zusammenarbeiten in des Volkes großer Not von Herzen zu Herzen und lösten eine andächtige Stimmung aus, selbst bei den entschiedensten politischen Gegnern, die einem Dr. Damaschke ihre Ehrfurcht nicht versagen konnten. Der mit so tiefinnerlicher Überzeugung gehaltene Vortrag gab auch der Diskussion sachliche Bahnen. Dr. Damaschke hat dem Wahlkampf durch seine Person neue Wege gewiesen. Mögen andere Parteien sie beherzigen.

Provinz und Umgegend.

h Halle, 17. Mai. Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Gewährung freier Lernmittel für die Volksschulen. Die Kosten, die der Stadt dadurch entstehen, werden sich auf rund 500 000 M belaufen. Der Haushaltsausschuß empfiehlt den Antrag zur Berücksichtigung vom 1. April 1920 ab. — Der mit den Burvangestellten neu abgeschlossene Gehaltstarif erfordert eine Mehrausgabe von 2½ Millionen Mark. Den städtischen Beamten, Lehrern usw. sollen im Hinblick auf die kommende städtische Besoldungsreform ein Gehaltsvorschuß von 800 M und den weiblichen Kräften ein solcher von 500 M gezahlt werden. — Um die Kräfte des Stadttheaters besser auszunützen, sollen im städtischen Soolbad Wittekind wöchentlich zweimal Theateraufführungen stattfinden. Für Herrichtung des Saales wurden 10 000 M bewilligt. — Der Preis für elektrischen Kraft- und Lichtstrom soll erhöht werden, woraus die Stadt eine Mehreinnahme von 4 200 000 M erzielen will. — Die von den städtischen Körperschaften bewilligten Baukostenüberteuerungszuschüsse von 2 Mill. Mark sollen so verteilt werden, daß der Bauverein für Kleinwohnungen 1 650 000 M und der Verein Gartenstadt 350 000 M erhält.

e Merseburg, 18. Mai. Den Stadtverordneten wurde eine Vorlage unterbreitet, nach der die städtischen Arbeiter 50 prozentige Lohnforderungen stellen, die der Stadt eine jährliche Ausgabe von 918 000 M verursacht. — Die Stadt will mit der Mietwohngenossenschaft Verträge auf Lieferung von 500 Schweinen abschließen. — Für das Elektrizitätswerk soll eine Anleihe von 500 000 M abgeschlossen werden. — Der Haushaltsplan der Volksschulen erfordert einen Zuschuß von 1 600 000 M.

m. Magdeburg, 18. Mai. Nach langem Hin und Her ist die Einrichtung eines Postscheckamtes endlich in greifbare Nähe gerückt. Der Magistrat hat der Postverwaltung ein neues noch unbenutztes Schulgebäude zur Verfügung gestellt, und das Reichspostministerium genehmigte den Vorschlag, wenn die Miete 6 Prozent der Grunderwerbs- und Baukosten einschließlich der Kosten für die erforderlichen Bau- und Umarbeiten nicht übersteige. Auch müsse als Dauer des Mietvertrages ein Zeitraum von 10 Jahren angenommen werden. Die Stadtverordneten erklärten sich in ihrer letzten Sitzung mit den gestellten Bedingungen einverstanden, und man darf hoffen, daß zu Anfang des nächsten Jahres, wenn die erforderlichen Umbauten vollzogen sind, das Postscheckamt seinen Betrieb eröffnen kann. — Angesichts der schlechten Finanzlage hat sich die Stadt entschlossen, die Hundesteuer von bisher 40 M auf 80 M jährlich heraufzusetzen. Für jeden weiteren Hund wird ein Steuersatz von 20 M bisher 10 M — erhoben. Die Mehreinnahmen werden auf 50—60 000 M geschätzt. — In einer Bauangestelltenversammlung beschloß man, nicht nur eine Wirtschaftshilfe zu fordern, sondern verlangte auch nachträgliche Besserstellung der Bauangestellten. Man will die Forderungen „mit allen Mitteln" durchsetzen und droht zunächst passive Resistenz an.

† Schmölln, 18. Mai. Am Himmelfahrtstage starb im 58. Lebensjahre der Begründer und Inhaber der Posamentenfabrik Robert Nagel hier. Der Verstorbene übte eine lange Reihe von Jahren eine vielseitige ehrenamtliche Tätigkeit aus.

*

Demonstration der Unabhängigen in Halle.

h. Halle, 17. Mai. Am gestrigen Sonntag hatte die unabhängige Parteileitung eine Demonstrationsversammlung einberufen, um für Sowjetrußland und für den Sozialismus und gegen das Urteil über den früheren Arbeiterratsvorsitzenden Killian zu demonstrieren. Mehrere Tausend Personen nahmen daran teil. Abg. Kunert wandte sich in seinen Ausführungen gegen diejenigen Kreise, die den russischen und damit zugleich den deutschen Bolschewismus den Todesstoß versehen wollen. Das Urteil gegen den Genossen Killian, das durch den Spruch des Reichsgerichts rechtsgültig geworden ist, bezeichnete er als ein Schandurteil. Es wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, Rußland gegenüber strengste Neutralität zu wahren, ferner wird in der Entschließung die sofortige Freilassung des Genossen Killian verlangt, damit er imstande sei, sein ihm übertragenes Mandat in der Landesversammlung ausüben zu können. Der letzte Teil der Entschließung soll der Preußischen Landesversammlung unterbreitet werden. — Nach Ansprache bestonten zwei Spartakisten, daß die Arbeiterschaft nicht durch den Parlamentarismus zu ihrem Ziele kommen werde, sondern sie müsse auf die Straße gehen. Sie sowohl wie die unabhängigen Redner forderten die restlose Beseitigung der Reichswehr. Die Demonstration verlief ohne jeden Zwischenfall.

Der lahme Jörg.

Volksroman von H. Abt.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Was soll das heißen: hochhalten? Meinst du etwa, du mußt mich dran gemahnen, daß ich mich selber hochhalten soll? Das wagst du mir zu sagen? Du — mir? Oftmals du vielleicht" — nur noch wie ein wildes Keuchen kamen die Worte aus ihrer Kehle — „ich bin daher gekommen und such' eine ordinär? Liebschaft mit dir — ich — mit dir! Die Langeweile hat mich geplagt, da hab' ich mir ein Komödienspiel mit dir gemacht, und du Narr hast's für ernst genommen. Und hast's gewagt, zu denken, die Schulzen-Lisbet wär' gerad' gut genug für des lahmen Flickschusters Weib! Geh' auf die Landstraße hinaus, wo dein Vater sich deine Mutter aufgelesen hat und such' dir deine Genossin aus unter den Blinden, oder den Lahmen. Nur immer und in allen Stücken gleich zu gleichem!"

Ein Lachen gellen Hohnes klang auf und dröhnend lief hinter ihr die Türe zu.

*

4. Kapitel.

„Lisbet — Lisbet!"

Ihr Name, den er ihr zuruft, hin zur Türe stürzend, die hinter ihr zugefallen, erreicht ihr Ohr nicht mehr, oder sie achtet desselben nicht, wie sie seiner stehend erhobenen Hände nicht geachtet und nicht seines Entsetzens über die Deutung, die sie seinen Worten gegeben.

Nachstürzen will er ihr und läßt doch die Hand, die schon die Klinke gefaßt, schwer wieder herabfallen. Was wollt er ihr denn noch sagen? Daß er's nicht gemeint, wie sie's genommen, wie's ihr eine Schmach und Schande hätt' sein müssen? Es wär' ja nur eine neue Kränkung für sie. Und sie um Verzeihung bitten — sie würde ihn nicht einmal hören, er konnte sie, o, so gut kannte er sie. Und ihm verzeihen — nie, so lang' sie lebte, würde sie ihm verzeih'n.

In der dämmerigen Stube starrte er rundum. Dort hatte sie gestanden und dort hatte er vor ihr auf den Knien gelegen und sie — um seinen Hals ihre Arme und —

„Ich bin dir gut, Jörg —"

Die Wände schienen es ihm zuzuschreien, sein Blut brannte und tobte empor, als wollt's ihm die Adern zersprengen. Sie war ihm gut und er hatte sie sich nicht festgehalten, das unmenschliche Glück sich festgehalten, ohne darnach zu fragen, wie lang es dauern mochte. Sie selber war zu ihm gekommen, was ging ihr alles andere an. Warum hatte er sie nicht festgehalten?

„Lisbet — Lisbet!"

Wieder rief er laut ihren Namen hinaus und meinte ihre hohnvolle Stimme dagegen zu hören:

„Ein Komödienspiel hab' ich mir machen wollen, weil mich die Langeweil' gepackt hat."

Aber das war nicht wahr, nein, er wußt's, so war die Wahrheit nicht. „Ich bin dir gut, Jörg" — das war ihre Wahrheit gewesen. Und sie war zu ihm gekommen, weil sie einen Menschen brauchte, zu dem sie reden konnte, wie's ihr ums Herz war — einen Menschen, der sie über alle Menschen lieb hatte.

Lieb — ja, das war's eben, zu lieb hatte er sie, drum konnte er's nicht, wie sie meinte.

Und wenn sie's im Geheimen ihm gesagt hätte, Tag für Tag: „Ich bin dir gut, Jörg" — er hätte das Glück nicht empfunden über dem andern, schneidenden Gefühl: sie schämt sich deiner und sie würde dich vor allen anderen verleugnen, so wie du selber seine Lieb' verleugnen müßtest.

Er konnt's nicht.

Den Kopf zur Brust gesenkt, das Gesicht in die Hände gedrückt, saß er da. Und fuhr plötzlich wieder empor. — Aber auch sie wiedersehen, ihr begegnen, vielleicht morgen schon, das konnt' er nicht. Auch ihr durfte er das nicht antun.

Fort! Ihr und sich selber eine Zeit geben, über das Heute sich hinwegzufinden. Ihr würden der Groll, der Haß wohl helfen, daß sie schnell damit fertig wurde.

Er zündete Licht an in der inzwischen dunkel gewordenen Stube und begann zu traumen, als gehähte er noch in dieser Stunde sein Bündel zu packen und davonzugehen.

In der Werkstatt hingen etwa ein Dutzend Paar Holzpantoffeln, die er in arbeitsloser Zeit auf Vorrat gemacht hatte. Jetzt kamen die ihm zu Pass. Wenn er mit denen auf den Hausierhandel zog, würde es ihm zum Zorn verwandern. Und drüber fand er draußen herum wohl auf ein paar Wochen oder Monate Gesellenarbeit.

Die Lisbet saß andern Tags in der Stube und brütete untätig vor sich hin, als die Magd, die den Tisch richtete, sagte:

„Nun muß ich dem Herrn seine Stiefel zu dem alten Kunzenschuster tragen, der Jörg wird sie fürs erste wohl nicht besohlen."

Mit einem Ruck war die Lisbet emporgefahren, ihre Augen brannten die Magd an, es sah aus, als wollte sie mit den halb von sich gestreckten Händen die Dirne packen.

Die ward der seltsamen Wirkung ihrer Worte nicht gewahr, stellte die Teller auf und redete dabei weiter:

„Wie ich den Kartoffelsackern das Frühstück getragen hab', bin ich dem Jörg begegnet, der ist mit Pantoffeln aufs Hausieren gezogen."

Regungslos stand die Lisbet da. Das Blut, das ihr wie ein lohes Feuer zu den Schläfen gestoßen war, ebbte langsam wieder zurück.

Es war nichts. Der wahnsinnig machende Gedanke, es könne ruchbar geworden sein, was zwischen ihr und dem Jörg sich zugetragen, er könne selbst sich vielleicht damit gebrüstet haben — es war nichts. Fort war er — fort!

Und ein wilder Wunsch schlug auf in ihr: daß er nicht wiederkäme! Daß ihm ein Unglück draußen geschehe und er nie wiederkäme! — —

Ein paar Wochen war er fortgewesen, dann eines Abends um die Dunkelheit kam er wieder heim. Und als es andern Tages in der Sonntagsfrühe sich in der Nachbarschaft herumgesprochen, daß der Jörg zurück sei, kamen eine Anzahl Burschen und Mädchen zu ihm gelaufen und drängten und bettelten:

„Jörg, heut' muß mal auf der Zither zum Besten geben. Der Diemars Karl und die Bartels Emma machen Hochzeit und ohne Musik darf das doch nicht abgehen. Die Musikanten aus dem Dorf sind aber alle runter nach Langefeld, wo Vogelschießen ist. Da kommst du nun gerad' wie gerufen wieder und bist halt so gut, gelt, Jörg?"

Doch wie sie ihn auch bestürmten, er hatte unter allerlei Ausflüchten abgelehnt, bis Braut und Bräutigam daherkamen und die Braut schmeichelte:

„Geh', Jörg, das wirst du mir doch net antun, daß ich heut' zu meinem Ehrentag gar kei' bißl'le Musik haben soll. Das brächt' mir ja kein Glück für meinen Ehestand und daran wärst nachher du schuld. Und das wirst doch net auf dir nehmen wollen."

Da hatte er denn schließlich „Ja" gesagt und zog am Nachmittag mit der fröhlichen Hochzeitsgesellschaft hin zur Dorfschänke, und vor derselben auf dem freien Plan begann der Tanz, zu dem der Jörg den Paaren aufspielte.

Schräg über der Schenke aber stand breit und stattlich das Schulzenhaus.

Und am Türpfosten lehnte mit untergeschlagenen Armen die Lisbet und schaute zu den Tanzenden hinüber. Beim ersten Ton der Zither, den ihr Ohr vernommen, war es ihr über ihr Gesicht geflammt, als hätte ein Peitschenhieb sie getroffen. Dann aber waren ihre Züge wie erstarrt in kaltem Hochmut, und mit herabgezogenen Mundwinkeln und einem bösen Licht in den Augen war sie in die offene Haustür getreten und stand reglos dort im stillen Warten auf etwas, das nun kommen mußte, sich ereignen mußte. Irgend etwas, das dem, was seit Wochen wie ein zusammengeducktes Tier in ihr lauerte, Sprungfreiheit gab, daß es hervorstürzen, sich von der erzwungenen Ruhe gewaltsam befreien konnte.

Einer von den Hochzeitsgästen war hinübergegangen, die Lisbet zu einem Walzer aufzufordern, aber mit rotem Kopf und finsterer Miene kam er zurück und die anderen hänselten:

„Ja, freilich, Fritz, da mußt auf einem höhere Pferd dahergeritten kommen, als auf Schusters Rappen, wenn du bei der Glück haben willst."

Der Abgewiesene stieß einen Pfiff durch die Zähne, zum Zeichen, wie wenig er sich aus solchem Glück mache, nahm sich eine willigere Tänzerin und schwenkte mit der über den Plan.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0005

Merseburg und Umgegend.

18. Mai.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Wiedereinführung des Briefstelegramms?** Der „Neuen Berl. Zeitung" zufolge erwägt das Reichspostministerium die Wiedereinführung der Briefstelegramme. Die Entscheidung hierüber soll im Herbst fallen, nachdem man die Weiterentwicklung des Telegrammverkehrs beobachtet haben wird.

** **Die ersten Kirschen** konnten, trotz der kühlen Maiwitterung doch schon zur Mitte dieses Monats gepflückt werden. Und zwar nicht nur in gesegneten südwestlichen Deutschland, sondern auch in Mitteldeutschland. So in Naumburg, wo die Saaleberge Schutz gegen die kalten Nordwinde gewähren. Auch die Berliner Obstkammer Werder a. d. Havel hat ihre geschützten Anlagen für Frühkirschen.

** **Eine neue Erhöhung der Kohlenpreise** betreiben nach der „Frankfurter Zeitung" Industriekreise in Westfalen. Über deren Umfang fehlen noch die Einzelheiten. Begründet wird das Vorgehen mit der Notwendigkeit von Neuanlagen, deren große Kosten man, ähnlich wie die Koloniebauten, wieder auf den Verbraucher abwälzen will. Endzielt ist auch hier wie bei Eisen und Stahl die Annäherung an die amerikanischen und englischen Hafenpreise.

** **Engelhardt-Brauerei (Stadtbrauerei) Merseburg.** In einem Prospekt im „Berl. Lok.-Anz." der Engelhardt-Brauerei A.-G. zu Berlin über die Ausgabe von neuen Aktien im Betrage von 2 Millionen Mark wird in der Bilanz 1919 folgendes ausgeführt: Ferner erwarb die Engelhardt-Brauerei im Oktober 1919 die altrenommierte Stadtbrauerei Carl Berger, Merseburg, die einen Friedensausstoß von ca. 100 000 Hektoliter dat. Der 2 750 000 ℳ betragende Kaufpreis wurde in der Weise belegt, daß die Engelhardt-Brauerei für 871 700 ℳ Hypotheken übernahm, während der übrige Betrag in bar zu zahlen ist, wobei die Engelhardt-Brauerei das Recht hat, für 1 650 000 ℳ 750 Engelhardt-Aktien zu liefern. Durch den Erwerb dieser Brauerei hat die Engelhardt-Brauerei ihr Absatzgebiet wesentlich erweitern können und ist in die Lage versetzt worden, insbesondere den Betrieb ihrer Hallescher Brauereien zu verbilligen. Der frühere Mitinhaber der Stadtbrauerei Carl Berger, Herr Commerzienrat Max Berger zu Leipzig, ist in den Aufsichtsrat der Engelhardt-Brauerei eingetreten. Das unmittelbar in der Nähe des Bahnhofs an drei Straßen gelegene Brauereigrundstück ist 15 150 Quadratmeter groß. Es ist mit Hypotheken von insgesamt 600 000 ℳ belastet, die mit 4—5 Prozent verzinslich und teils unkündigt, teils im Jahre 1920 fällig sind. Sämtliche Gebäude befinden sich im besten Bauzustande. Die große Flaschen-Füllhalle wurde erst kurz vor dem Kriege fertiggestellt. Die Malzerei ist für eine Produktionsfähigkeit von ca. 20 000 Zentnern Malz eingerichtet. Die Brauereieinrichtung besteht aus zwei Dampfkesseln, 2 Eismaschinen und elektrischer Licht- und Kraftanlage. Schließlich erwarb die Engelhardt-Brauerei im Oktober 1919 die Bergbrauerei Otto Kottge zu Frankfurt a. O. Sowohl in Merseburg wie in Frankfurt und Rathenow wird der Brauereibetrieb aufrechterhalten. Die Gesellschaft hat gegenwärtig 6 Brauereien im Betrieb und zwar in Pankow, Charlottenburg, Berlin-Stralau, Halle a. S. (bisher Hallesche Aktien-Bierbrauerei), Merseburg (bisher Stadtbrauerei) und Frankfurt a. O. Dazu kommen noch die Betriebe der Tochtergesellschaften Königsberger Dampfbrauerei G. m. b. H. in Königsberg und Engelhardt-Brauerei in Rathenow G. m. b. H. in Rathenow. Der Fuhrpark der Gesellschaft besteht aus 420 Pferden und 380 Wagen. Sie beschäftigt insgesamt etwas über 950 Personen. Nachdem gegenüber den stark gesteigerten Gestehungskosten nunmehr die Bierpreise eine entsprechende Erhöhung erfahren haben, kann, wenn der Absatz sich auf der bisherigen Höhe hält, auch im laufenden Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden. Mit den 2 Millionen Mark neuen Aktien wird das Aktienkapital auf 6 Millionen Mark erhöht.

*

Die Jahreszeiten.

Die vor etwa einem halben Jahre ins Leben gerufene Volkssingakademie, die den Merseburger Bildungsabenden angegliedert ist, hatte am Montag zum ersten Male Gelegenheit, Rechenschaft von ihrer bisherigen Tätigkeit abzulegen. Unter Leitung des Seminarmusiklehrers Trenker wurden in der Turnhalle in der Wilhelmstraße „Die Jahreszeiten", weltliches Oratorium für Soli, Chor und Orchester von Josef Haydn, aufgeführt. Und, um es gleich im Voraus zu sagen, die Merseburger Singakademie hat alle Ursache, mit Stolz auf diesen Abendzurückzublicken. Ein buntes Gemisch von Farben haben „Die Jahreszeiten" aufzuweisen. Reich poetisch sind die Naturschilderungen. Gleich der Eingang, der die Überleitung vom Frühling zum Winter darstellt: die ersten vier Takte des Largo, die die schaurige Öde des Winters verzinnbildlichen; der Hauptsatz, der den Winter als harten Mann zeigt, der Nebensatz, in dem die Frühlingshoffnung zum Ausdruck kommt; dazwischen die Stürme des trotzigen Winters. Dann der herrliche Frühlingschor, die Morgendämmerung in dem Teile „Sommer", die köstlichen Tongemälde aus „Herbst" und „Winter". Wie anheimelnd tritt aus der Hirt mit seiner Herde entgegen, wenn er der aufgehenden Sonne entgegenschreitet, der Landmann, der vertrauensvoll den Samen ausstreut. Dann der Weinchor mit seinem Jubel und seiner Ausgelassenheit. Die Chöre sind ja das herrlichste an dem Werke. Die Aufführung zeigte nun auch, mit wieviel Fleiß und Unermüdlichkeit der Leiter alles aufs genauste vorbereitet hatte, so daß die Einsätze, der Vortrag ganz vorzüglich klappten. Es sei nur an das Preislied erinnert, das den Teil „Frühling" abschließt oder an den Schlußchor, der in einer prachtvollen Fuge ausklingt. Das alles legte Zeugnis ab von eingehender und hingebender Vorarbeit. Viel Beifall fanden auch die Solisten. Die Partie der Hanne sang Clare Hansen-Schultheß, die des Simon hatte Reinhold Gerhardt, beide vom Stadttheater in Leipzig, übernommen, während Konzertsänger Ernst Meyer aus Halle die Rolle des Lukas ausführte. Die Solisten überraschten durch ihre überaus angenehme Stimme und ausgeprägte Tonbildung. Sie führten ihre Partie auch dann sicher durch, wenn das Orchester zuweilen nicht ganz zu folgen vermochte. Sobald möge auch das Zusammenwirken von Solisten und Chor hervorgehoben werden, wie es beispielsweise in dem herrlichen Terzett mit Chor in dem Teile „Sommerabend" geschah, wo das ganze in einen leise verklingenden Abendgesang austönt. Die Instrumentalbegleitung lag in den Händen des philharmonischen Orchesters in Halle und dem Streichquartett vom hallenschen Stadttheater. Hier zeichneten sich ganz besonders die bekannten Konzertmeister Arthur Bohnhardt, Alfred Müraun und Franz Weise aus, die ja zum Teil für Merseburg schon früher Probe von ihrer Meisterschaft abgelegt haben. Aber auch das Orchester wußte alle Schattierungen des bunten Tongemäldes fein zu treffen, wenn auch einige Unsicherheiten zuweilen kleine Verlegenheiten bereiteten. — Der Besuch der Aufführung war ein so großartiger, daß wohl alle Plätze ausverkauft waren. Das ist überaus erfreulich, denn die Unkosten sind diesmal ganz gewaltig gewesen und das Wagnis war für den Leiter der Bildungsabende kein geringes! Die Besucher fargten nicht mit ihrem Beifall, der wohl innerhalb der einzelnen Teile besser unterbleiben wäre, weil er nur störend wirkt. Dem wackeren Chorleiter, Herrn Trenker, wurde aus Dankbarkeit für die herrliche Aufführung ein kostbares Blumengeschenk mit Widmung überreicht. Jedenfalls hat auch dieser Abend gezeigt, welche reiche Arbeit in unseren Bildungsabenden auch nach der musikalischen Seite hin geleistet wird und Merseburgs Musikfreunde dürfen gewiß mit Freude weiteren Erbietungen der wackeren Volkssingakademie entgegensehen.

*

Der vorteilhafte Postscheckverkehr.

Aus unserem Leserkreise wird uns Nachstehendes geschrieben: Beim heutigen Stande unserer Valuta heißt, wie kürzlich der „Korrespondent" treffend ausführte, die Losung:

„Energische Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs!"

Jeder Deutsche, der zur Verringerung des Bargeld-Umlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes; ein jeder benutze deshalb für seine Zahlungen ein Postscheck-, Bank- oder Sparkassenkonto!"

Die ständig wachsende Zahl der Postscheckkunden beweist, daß viele der vaterländischen Pflicht, möglichst bargeldlos zu zahlen, das nötige Verständnis entgegenbringen. Leider faßt es noch die Geschäftswelt, wenigstens in hiesiger Gegend, recht an der wünschenswerten regen Beteiligung hieran fehlen, obwohl gerade sie berufen ist, bahnbrechend vorangehen. Man hört nur leicht widerlegbare Gründe der Abneigung.

1. Das Geld auf dem Postscheckkonto bleibt unverzinst.

Mangels eines Postscheckkontos muß sich dieses Geld sonst in bar in der Ladenkasse des Kaufmanns oder im Portemonnaie des Privatmannes befinden und wird also ebenswenig verzinst; um derartige Beträge soll es sich dort auch nur handeln, denn größere Summen werden zweckmäßig sowohl vom Postscheckkonto als auch aus der Ladenkasse oder dem Portemonnaie dem Bankkonto überwiesen.

2. Bargeld ist für „kleinere" Zahlungen erforderlich, da man solche der Bank nicht zumutet.

Ganz abgesehen davon, daß es heute fast überhaupt keine „kleineren" Zahlungen mehr gibt, ist es aber gerade der Zweck des Postscheckkontos, diese „geringeren" Beträge zu erfassen, die sonst dem bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Bankkonten entgehen. Das Postscheckamt fühlt sich durch Überweisung geringerer Beträge also nicht belästigt. In diesem Sinne lautete wenigstens die fachmännische Auskunft eines Postscheckamtes gelegentlich einer Verwaltungsstreitsache.

3. Teure Einrichtung und teurer Betrieb.

Dieses widerlegt zur Genüge die von der Reichs-Postverwaltung herausgegebene, jedem Postscheckkunden kostenlos übermittelte „Unleitung zur Benutzung des Postscheckkontos".

4. Umständliche Rechnungsführung, verbunden mit mehr Schreibarbeit im Geschäft.

Auch dies stellt sich als ein Irrtum heraus, sobald die Scheu vor dem Neuartigen überwunden ist und die bereits anderwärts erprobte Art und Weise als Muster zur Rechnungsführung genommen wird. Die Vorteile und Vereinfachungen beim bargeldlosen Zahlungsverkehr wachsen mit zunehmender Beteiligung aus allen Volks- und Wirtschaftskreisen.

Es brauchte kein grauenerweckendes Papiergeld, keinen Wechselgeldmangel zu geben, wenn der bargeldlose Zahlungsverkehr größere Ausbehnung fände.

Das Postscheckkonto des Privatmannes verliert an seiner Bedeutung und vollen Wirkung und Ausnutzung, solange der Geschäftsmann nicht auch Postscheckkunde ist und er diese Zahlungsweise als lästig empfindet.

Hoffen wir, daß nun auch der kleinste Geschäftsmann, Handwerker und dergl. der heutigen Not der Zeit mehr folgend, die Abneigung gegen das Neuartige, worin er irrtümlicherweise nur Nachteile befürchtet, recht bald überwindet und seinerseits endlich in gleichem Sinne auf seine Kundschaft einwirkt. Ein Postscheckkunde.

Gewinn-Auszug
der
15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 7. Ziehungstag. 15. Mai 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr). (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 118520
4 Gewinne zu 5000 M 137726 183487
32 Gewinne zu 3000 M 4459 14483 19117 19246 21586 23857 38592 57354 57884 60778 63205 67238 70483 72305 73040 80949 84769 87023 93869 95533 99546 101898 113181 145942 146491 148261 149845 153339 158550 158965 170879 189681 191042 192528 193083 195713 197709 200313 202188 237257 253305

144 Gewinne zu 1000 M 3469 4477 4768 6160 6502 13921 15933 16180 27537 34546 38534 39739 41335 42946 44264 49122 56108 58188 62117 63356 64435 73539 81601 83815 84578 89859 90550 90831 91703 91775 91864 92733 92970 94432 97457 100127 101630 102704 103364 106254 110874 114658 120790 135299 139606 132748 134643 137828 138298 141343 161540 169388 169810 184676 185365 186842 188188 189761 189782 194888 191766 195797 196933 204677 207217 207237 207771 214314 217412 218393 227836 228316

206 Gewinne zu 500 M 8853 11397 14064 20589 21051 26238 28519 29253 30330 30471 31140 33558 34338 35248 36318 37447 37879 40074 40388 41811 42821 44543 45053 49756 56584 57141 59300 62039 63996 75336 76571 77007 79056 80962 83185 83227 83928 84608 84902 85498 88558 91547 98425 100748 100938 100991 103341 105320 103103 108928 114752 114952 123098 129668 132733 131232 133123 136587 140726 143258 149045 150857 151892 152955 155197 159746 163257 163271 168473 169538 171130 174446 175388 178890 178881 180442 181338 181526 182003 183016 186438 188506 188640 194855 198698 200405 200443 201405 205558 207273 216547 217295 220454 229358 228600 230054 232320 232784 232944 236720 238818 239021 242208

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

3 Gewinne zu 15000 M 215547
2 Gewinne zu 5000 M 72287
72 Gewinne zu 3000 M 14157 23481 31967 32705 35124 35507 38736 46788 50232 58969 71877 74440 86091 93862 97744 113953 123035 131448 133258 140926 144210 159351 161348 163118 167278 169071 170797 191301 196512 199230 202488 209854 215038 219479 226424 233861

136 Gewinne zu 1000 M 3207 4847 11552 13129 17680 21877 21459 28838 28853 37095 40546 46096 54470 58692 63096 64017 66360 71438 71842 73888 80771 81164 83380 89733 90552 95118 96886 98490 101599 106735 107846 117672 117935 125031 129217 131081 133908 134784 138546 143908 144454 150130 150571 154865 157754 174012 175385 178828 179585 184558 187904 188158 193541 194850 197357 198312 202021 202140 202378 211159 213882 216446 219059 228036 231454 231582 233106 238278

133 Gewinne zu 500 M 7301 8542 13877 18464 23414 23407 23881 23881 27889 29492 30857 30850 30853 31807 33245 33871 34290 34823 47840 48284 48071 49318 49617 49767 50129 [illegible] 55156 55176 56324 62881 64703 65815 65957 68758 73924 73968 82578 84258 85068 85381 85382 86306 89605 92350 92814 93370 93514 95951 97074 97156 100186 100836 102793 103503 104[illegible] 111184 126092 128632 137381 137902 138525 139432 142633 149584 181090 182873 184230 184300 184418 172895 181008 182334 189260 188618 187380 192835 183493 [illegible]857 208287 217771 217820 219070 219134 222201 222645 223527 225433 226935 230750 233914

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 40 Dienstag, den 18. Mai 1920

Reichstagswahl.

Wer am 6. Juni 1920 in Merseburg sein Wahlrecht nicht ausüben kann, kann seine Stimme bis zum Tage der Wahl bei der Polizeiverwaltung, an jedem anderen Ortes Deutschlands zu einer Zeit der Berechtigung, an jedem anderen Ort Deutschlands, zu einer Zeit, innerhalb der Frist, innerhalb deren vom Wohnsitz in Merseburg (Alter Rathaus) solche Wahlscheine ausgestellt werden, ist der 29. Mai.

Merseburg, den 17. Mai 1920.

Der Magistrat.

IV. 1787/20

Anschlüsse an das städtische Elektrizitätswerk.

Dem Installateur Paul Gerch, Merseburg, Ohrgrube 15, ist die Genehmigung zur Ausführung von Arbeiten im Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk entzogen worden.

Merseburg, den 14. Mai 1920.

Der Magistrat.

VIII. 188/20.

Gaspreis.

Der Gaspreis für Monat Mai 1920 beträgt
a) für Leucht- und Kochgas je cbm 1,52 Mk.
b) für Mängas je cbm 1,02 Mk.

Merseburg, den 15. Mai 1920.

Der Magistrat.

VIII 194/20.

Kassenstunden der städtischen Sparkasse:

Werktags vormittags von 8—12½ Uhr,
nachmittags geschlossen.

Merseburg, den 12. Mai 1920.

Der Magistrat.

K 250/20.

Städtisches Volksbad.

Das Bad ist während der Sommermonate, und zwar vom 16. bis 30. ab, wie folgt geöffnet:
1. für Frauen: Freitags von 1—8 Uhr nachm.
2. für Männer: Sonnabends von 1—8 Uhr nachm.

Merseburg, den 12. Mai 1920.

Der Magistrat.

IV b 1210/20.

Ausgabe von Butter
am Sonnabend, den 22. Mai 1920.

Es werden ausgestellt:
150 Gramm Butter (einschließlich 50 Gramm Sonderzuweisung)
auf jede Zweite von 4,35 Mark.
Auf jede Zweite Fettkarte nur mit dem Aufdruck K 50 Gramm Butter zum Preise von 2,15 Mark.
Fettkarten mit dem roten Aufdruck G und L 50 Gramm Margarine zum Preise von 1,35 Mark.

Merseburg, den 17. Mai 1920.

L A II 1233/20. Das städtische Lebensmittelamt.

Druck und Verlag von Th. Röhner in Merseburg.

Bekanntmachung!

Gemäß § 3 der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. April 1920 setzen wir hiermit den Grundlohn für unsere Kasse mit Wirkung vom 7. April 1920 vorläufig wie folgt fest:

Klasse I . . . . . 20.— Mark,
Klasse II . . . . . 10.— Mark,
Klasse III . . . . . 5.— Mark.

Die Erhöhung des Grundlohnes hat eine Erhöhung der Kassenleistungen vom gleichen Zeitpunkte ab im Gefolge. An Beiträgen werden vom 17. Mai 1920 ab erhoben:

in Lohnklasse I . . . 6.— Mark (bisher 1.50 Mark),
in Lohnklasse II . . . 3.— Mark (bisher 1.05 Mark),
in Lohnklasse III . . . 1.50 Mark (bisher 0.60 Mark).

Die Arbeitgeber werden noch darauf hingewiesen, daß die eingangs erwähnte Verordnung die Grenze für die Krankenversicherungspflicht auf 15 000 Mark erhöht hat und daß demzufolge vom 10. Mai 1920 ab auch solche Personen zur Krankenkasse anzumelden sind, deren Jahresarbeitsverdienst mehr als 5000 Mark beträgt, aber 15 000 Mark nicht übersteigt.

Merseburg, den 14. Mai 1920.

Der Vorstand der Land-Krankenkasse Merseburg.
v. Richter, Vorsitzender.

Pferdehandlung Juckoff, Merseburg
Fernsprecher 515 * Neumarkt 42 * Fernsprecher 515

Von Mittwoch, den 19. d. Mts. ab stehen wieder prima 4- und 5jährige belgische
Spannpferde
in großer Auswahl zur gefl. Musterung bereit und offerieren solche zu äußerst soliden Preisen!

Heilquellen Neu-Ragoczy
Niederlage: Gotthardt-Drogerie, Merseburg, Gotthardtstrasse, Telephon 263

Mod Transmissionen pof. lieferb., Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Ein Posten Bruchsteine zu verkaufen Kl. Sigtstr. 8.

Spezialität!
Imprägnierte Münchener
Lodenmäntel
bester Qualität
f. Herren, Knaben, Mädch.
Ernst Nauses, Entenpl. 4

Sparöfchen „Küchenschatz"
empfiehlt
P. Rudolph, Lindenstraße 6.

Gummiwaren
Spülapparate, Frauentropfen und ähnliche **Frauenartikel**
Anfrag. erb. Sanitätshaus:
Heusinger, Dresden 8, Am See 37.

Gute Straßenbesen billiges Porzellan
empfiehlt
E. M. Renner, Markt 18, 1 Tr.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen a. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Vorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 59070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 105 — Mittwoch den 19. Mai 1920 — 46. Jahrg.

Der 1. Reichstag der deutschen Republik und die Frauen.

Von Emmy Beckmann-Wandsbeck.

In Wahlkämpfen pflegt es zu geschehen, daß jede Partei Anhänger zu gewinnen versucht, indem sie den Angehörigen der verschiedenen Klassen und Berufsstände klarmacht, daß gerade sie ihnen die größten Aussichten und Vorteile biete. Mit ähnlichen Themen tritt man auch an die Frauen heran: „Was bietet die Partei den Frauen?“ Aber es ist zu beobachten, daß diese Lockung bei den Frauen wenig verfängt. Abgesehen von den bloßen Mitläufern, deren es natürlich jetzt noch viele gibt und die einfach des Mannes Partei wählen, kommen die politisch noch Ungeschulten mit der Stärke und Kraft ihres nationalen Gefühls in die Politik hinein, mit der selbstverständlichen Liebe für den Staat, die sie in fünf langen Kriegsjahren mit so erschütternden Opfern bewiesen haben, ohne zu fragen, was ihnen als Frauen geboten oder gewährt wird. Und auch die durch die Schulung der Frauenbewegung durchgegangenen Frauen lehnen eine Parteinahme nach eigenem Vorteil ab. So lange die Frauenbewegung in Deutschland besteht, ist es ihr wesentlicher Charakterzug gewesen, Frauenforderungen aufzustellen als Möglichkeiten der Pflichterfüllung an der Allgemeinheit. Wir Frauen wollen teilhaben an dem Aufbau unserer Volksgemeinschaft, weil wir uns ihr verantwortlich fühlen, weil wir unsere Art und Kraft empfinden als dem Leben überhaupt verpflichtet.

Die Nationalversammlung hat das Haus des deutschen Volkes als Rohbau hergestellt — unter unendlichen Schwierigkeiten, mit noch vielfachen und schweren Schäden. Jetzt soll der neue deutsche Reichstag dies Haus wohnlich ausgestalten. Dabei ist die Mitarbeit der Frau um der Volksgemeinschaft willen nicht zu entbehren. Schließlich ist jedes Haus zum Wohnen und Leben da, jeder Staat mit all seinen politischen und wirtschaftlichen Mitteln soll Pflege- und Entwicklungsstätte des Lebens, der Kultur sein. Alle politischen und wirtschaftlichen Machtkämpfe haben als letztes Ziel doch ein Geistiges, Möglichkeit des Glücks, d. h. erhöhten Lebensgefühls für einzelne oder alle. Die Frau hat als natürliche Hüterin des Lebens für diese Seite staatlicher Aufgaben ein besonderes Interesse und besondere Befähigung. Daß es so ist, haben Staaten, die schon seit Jahrzehnten das Frauenstimmrecht besitzen, bezeugt. Als der nordamerikanische Staat Wyoming, der schon früh das Frauenstimmrecht eingeführt hatte, die Aufnahme in die Union, um die er nachgesucht hatte, nur erreichen konnte, wenn er das Frauenstimmrecht wieder abschaffte, lehnte er es ab mit der Begründung, daß die Frauen für die Kulturarbeit des Staates unschätzbare und unersetzliche Dienste geleistet hätten, die er nicht entbehren wolle, auch um den Preis der vielfachen Vorteile nicht, die die Verbindung mit der Union mit sich brächte. In diesem Sinne wollen die Frauen im neuen demokratischen Reich mitarbeiten. Der Reichstag hat — und eigentlich ist es eine der wichtigsten Aufgaben, die ein Staat überhaupt zu lösen hat —, das Reichsschulgesetz zu bearbeiten. Die Grundlinien sind in der Verfassung gegeben. Wie wichtig die fernere Gestaltung im Gesetz ist, geht z. B. daraus hervor, daß in Hamburg noch immer der Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen verbannt ist. Daß wir wirklich eine nationale Schule bekommen, die nicht unsere Jugend auseinanderreißt in verschiedene, nur durch die entstellende Parteibrille einander kennende Gruppen der Politik und der Weltanschauung, sondern daß die Schule Heiligtum des Gesamtvolkes sei, in das alle wertvollen nationalen Kräfte Leben wecken und fördernd einströmen, daß in der Schule Raum sei für die Entwicklung und Betätigung aller Kräfte des Verstandes, des Willens und des Gemütes unserer Kinder, aller Kinder des Volkes: das muß ein Hauptanliegen der Mütter in Deutschland sein.

Durch die Reform der Gerichtsverfassung wird den Frauen Gelegenheit gegeben werden müssen, Einfluß auf die Rechtsprechung zu gewinnen. In welche Nöten dies geschehen soll, ob die Frau als Schöffe, Geschworene, wie der Gesetzentwurf es vorsieht, nur über weibliche Angeklagte urteilen soll, oder ob auch in allen anderen Fällen, selbstverständlich in Jugendgerichtsverhandlungen, zum mindesten auch da, wo Sittlichkeitsdelikte in Frage stehen, das sittliche Empfinden und psychologische Feingefühl der Frau sich geltend machen soll, ist eine Frage, die von größerer Bedeutung ist als die Gewinnung eines neuen Rechts oder Betätigungsfeldes für die ohnehin schwer belasteten Frauen. „Wir haben Väter des Staates, wo sind die Mütter?“ rief schon vor vielen Jahrzehnten eine führende Frau angesichts der Tatsache, daß das gesamte öffentliche Leben nur nach männlichen Grundsätzen und Interessen geleitet wurde. — Weiblicher Einfluß wird zu sichern sein vor allem auch bei der Reform des Strafgesetzes, damit die Brandmale der Schande, wie sie jetzt einige vom Staate sanktionierte Straßen unserer Großstädte darstellen, verschwinden und ein gesünderes sittliches Empfinden immer mehr Platz greifen kann in unserem Volke. — Die Verfassung garantiert den unehelichen Kindern die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung wie den ehelichen Kindern; es ist nicht angesichts der Riesenzahl der unehelichen Kinder (1913 waren es in Deutschland 9,7 v. H. aller Lebendgeborenen) nötig, daß mütterliches Interesse diese Bedingungen mit schaffen helfe, damit sie unbeeinflußt bleiben vom Geschlechtsinteresse, das die früheren Gesetze auf diesem Gebiete nur allzu sehr mitbestimmte? Das am 1. Oktober 1919 in Kraft getretene Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge ist zum großen Teil auf Fraueninitiative zurückzuführen; hier gilt es weiter zu bauen und zu sorgen, daß unser wertvollstes Volksgut, die Kinder aller Schichten und Kreise, gesunde Lebensbedingungen finden. Wie unendlich bedeutsam werden von hier aus alle Bestrebungen der Heimstättenbewegung, für welche das Siedlungsgesetz vom 11. 8. 1919 Bahn geschaffen hat, die Bestimmungen über Schankkonzessionen usw., über die neue Gesetze in Vorbereitung sind oder erstrebt werden.

Nun ist es klar, daß an solchem Ausbau unseres Volkshauses nur gedacht werden kann, wenn die äußeren Mauern halten und das Dach dicht bleibt, oder ohne Bild: Vorbedingung für die Pflege einer wirklichen geistig-sittlichen Kultur ist Ruhe, Ordnung und Arbeit in unserem Volk. Wenn unser Ziel dies ist, wenn wir erstreben, daß jedes Leben sich froh und frei entwickeln könne in Deutschland, so müssen wir dahin wirken, daß der wirtschaftliche und politische Aufbau gelinge. Wie anders aber kann dies geschehen, als unter der Idee der Demokratie, der selbstverständlichen Pflicht des Gehorsams und des Dienstes gegen den Staat, der ja nichts anderes ist als die Darstellung des Mehrheitswillens des Volkes, und dessen Dienst deshalb nicht Untertanentum, sondern wahre Freiheit ist? Nur wenn es gelingt, alle Glieder unseres Volkes zu dem Bewußtsein des königlichen Besitzes der Freiheit und zugleich der staatsbürgerlichen Pflicht der Arbeit zu bringen, nur wenn das vor allem gegenüber den handarbeitenden Schichten gelingt, können wir auf eine ruhige und stetige Entwicklung unseres Staatslebens hoffen. Dazu soll u. a. das Betriebsrätegesetz dienen: daß sich der Arbeiter empfinden lerne nicht nur als Werkzeug, als toter Teil einer Maschinerie, sondern als mittragendes und mitbestimmendes Organ einer Arbeitsgemeinschaft, und von da aus neue Arbeitsfreudigkeit und erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gesamtorganismus gewinne. Wenn in die langsam aufkeimende Saat neuen Arbeitswillens und Vertrauens zu einer grundsätzlich demokratischen Einrichtung auch der Wirtschaft hinein wieder der Militärmarsch der Kapp und seiner Gefolgsleute hineinmarschierte und sie niedertrat, so geschah damit dem Gesamtvolk unübersehbarer Schaden. Nur auf dem Wege der Demokratie, der unbeirrt von Verlockungen zu einer Minderheitsregierung von rechts und von links innegehalten wird, kann Ruhe und Stetigkeit in unser schwer zerrüttetes Volksleben einkehren. Versuche, gegen den den Gesamtwillen des Volkes ausdrückenden demokratischen Staat sich zu erheben, ihn zu stürzen oder zu beeinträchtigen, wie Kapp es versuchte, wie die U. S. P. und die Kommunisten es auf ihre Fahne geschrieben, müssen mit Notwendigkeit in den Abgrund führen. Wem daran liegt, daß der Staat aus dem bloßen Sicherheits- und Steuerverwalter wieder Träger, Hüter und Bewahrer der Kultur wird, nicht einer exklusiven Kultur einer kleinen Schicht von Berechtigten, sondern der Kultur des deutschen Volkes, der muß sich der Partei zuwenden, die die Gegensätze der Klassen nicht verschärfen und vertiefen will, sondern ausgleichen und überbrücken durch den Willen zur Gerechtigkeit, den Glauben an die Freiheit des einzelnen und der Bereitschaft zur Arbeit und zum Dienst aller für alle, wie die Deutsche demokratische Partei es vertritt. Die Frauen stellen mehr als die Hälfte aller Wähler dar; auf ihnen liegt die Verantwortung, ob der neue Reichstag in ihrem Sinne Kultur wird fördern können. Möchten sie sich dieser Verantwortung voll bewußt sein bei den kommenden Wahlen.

Dr. Köster über die Entwaffnungsfrage.

Turin, 18. Mai. „Gazzetta del Popolo“ vom 16. Mai veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters in Berlin mit dem Reichsminister des Äußeren, Dr. Köster, in der dieser über die Konferenz von San Remo hinsichtlich der Entwaffnungsfrage u. a. sagte: Soweit die geforderte Entwaffnung die Abrüstung Deutschlands bedeutet, kommt sie unseren eigensten Wünschen entgegen. Wir wollen keinen waffenstarrenden Frieden mehr, kein Vernünftiger denkt an einen Revanchekrieg. Wenn aber die Entwaffnung die demokratische Regierung wehrlos macht und der militaristischen Reaktion oder einem aggressiven bolschewistischen System die Wege bahnt, so wird die erneute Gefahr kriegerischer Verwickelungen herbeigeführt. Als das wichtigste Ergebnis der Konferenz von San Remo bezeichnete der Minister die Einladung nach Spa und sagte: Wir werden uns jedenfalls bemühen, in Spa in dem Sinne einer Verständigung der Völker und einer Erkenntnis der Solidarität und der Förderung des Wiederaufbaues des fast zu Grunde gerichteten Europas zu wirken.

Die Verbrechen der farbigen Truppen im Rheinland.

Berlin, 18. Mai. (Amtlich.) Einem Artikel der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ vom 10. Mai zufolge werden die in der deutschen Presse mitgeteilten zahlreichen Fälle von Sittlichkeitsverbrechen der französischen farbigen Truppen in den besetzten deutschen Gebieten von dem französischen Ministerium des Äußern summarisch in Abrede gestellt. Gleichzeitig wird von der nämlichen Behörde behauptet, daß sich in den fraglichen Gebieten überhaupt keine „schwarzen Truppen“ mehr befänden, wiewohl nachträglich zugegeben wird, daß dieselben mit sogenannten „gelben Truppen“ belegt sind, die indessen französische Bürger und ebenso von kaukasischer Rasse seien wie Franzosen, Engländer und Amerikaner.

Die Reichsregierung muß diese Unterscheidung des französischen Ministeriums zwischen schwarzen und gelben Truppen grundsätzlich als völlig bedeutungslos ablehnen. Sie erblickt in der Besetzung deutscher Landesteile mit französischen Truppen afrikanischer Herkunft, gleichgültig welcher Hautfarbe sie sein mögen, ein Verbrechen gegen die Zivilisation, das die strengste Verdammung der gesamten gesitteten Welt herausfordert. Was die von französischer Seite geleugneten Sittlichkeitsverbrechen dieser Truppen anlangt, so befindet sich eine Zusammenstellung authentischer Fälle im Druck. Die Reichsregierung bemerkt indessen schon jetzt, daß die Anzahl der bekanntgegebenen Fälle von Vergewaltigungen nur einen geringen Anhalt gibt für das Martyrium der deutschen Frauen in den besetzten Gebieten, deren unsagbare Leiden zumeist aus begreiflichem Schamgefühl der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Rumänisch-bayerische Verhandlungen.

München, 18. Mai. (T.-U.) Vertreter Rumäniens haben in München Verhandlungen eingeleitet, um im Wege des Warenaustausches von Bayern landwirtschaftliche Maschinen zu erhalten.

Aus der Grenzkommission für das Saargebiet.

Saarbrücken, 18. Mai. (WTB.) Die Blätter melden: Die deutschen Mitglieder der Grenzkommission für das Saargebiet haben Vorbereitungen zu ihrer Abreise getroffen. Man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und den Ententemitgliedern der Grenzkommission entstanden sind. Es erweckt den Anschein, daß entgegengesetzte Auslegung des Sinnes des Friedensvertrages von Versailles den Grund dieser Meinungsverschiedenheiten bilden könnte.

Keine Internationalisierung Flensburgs.

Flensburg, 18. Mai. (T.-U.) Die interalliierte Kommission erklärte den in Flensburg versammelten Vertretern aller Stände, daß sie dem Gedanken einer Internationalisierung der Zone völlig fernstehe. Der Abzug der französischen Truppen soll für die Woche nach Pfingsten in Aussicht genommen sein. Über den Abzug der englischen Truppen verlautet nichts.

Holland und der ehemalige deutsche Kaiser.

Aus dem Haag, 18. Mai. (WTB.) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte der Minister des Innern in der Kammer, daß für den ehemaligen deutschen Kaiser aus dem Staatsschatz niemals irgendwelche Gelder zur Bestreitung von Lebens- und Genußmitteln, für Wohnungseinrichtungen, Empfang von Gästen usw. bezahlt worden seien. Für den ehemaligen deutschen Kronprinzen gelte dasselbe. Für den letzteren seien lediglich sehr bescheidene Mittel zur Verfügung gestellt worden, um auf der Insel Wieringen eine Wohnung einzurichten. Insgesamt seien für den vormaligen Kronprinzen 14 500 Gulden ausgegeben worden. Es werde beabsichtigt, solange die gegenwärtigen Zustände fortdauern, in gleicher Weise wie bisher zu verfahren.

Mord an einem Fensterfüher.

London, 18. Mai. (T.-U.) Der Hauptagitator der irischen Sinnfeiner, Dalton, ist durch mehrere Schüsse von einem Unbekannten getötet worden.

Thrazien gegen Griechenland.

Rom, 18. Mai. (T.-U.) Eine Athener Depesche des „Epoca“ meldet: Ganz Thrazien steht wie ein Mann gegen die Griechen auf. Die Erhebung werde von türkischen Offizieren geleitet. Die bisher durch die Zensur gelenkte Athener Presse greift schonungslos Venizelos Größenwahn an, der Griechenland ins Verderben stürze.

Der Juwelenschmuggel des Prinzen zu Wied.

Kopenhagen, 18. Mai. In Trelleborg hat das Gericht heute das Urteil in der Juwelenschmuggelsache des Prinzen zu Wied gesprochen. Die Angeklagten, Gräfin Solms-Wildenfels und Dr. Karl Stockhaus, wurden zu je 50 Kronen Geldstrafe wegen ungesetzlicher Warenein fuhr verurteilt. Die Beschlagnahme der Juwelen wird gegen Zahlung des Zolles aufgehoben, und die Juwelen werden darnach den Besitzern ausgeliefert werden.

Deutschland und die Entente.

Der Rückmarsch der Franzosen aus dem Maingau.

Frankfurt, 18. Mai. Am Montag früh 2 Uhr wurde an den Plakatsäulen der Stadt eine Bekanntmachung der Behörden angeschlagen, in der die Bevölkerung ersucht wird, beim Abmarsch der französischen Truppen Besonnenheit zu bewahren und ihrerseits zu verhindern, daß durch die Handlungen unverantwortlicher Elemente der Abzug der Truppenteile gestört wird. Neben diesem Plakat ist noch einmal die Bekanntmachung des Oberkommandierenden, General Degoutte, an die Bevölkerung in dem neu besetzten Gebiet vom 6. April angeschlagen und darunter in auffallender Schrift gesetzt: Die Franzosen halten ihr Wort! Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, gez. Degoutte. — Wie wir hören, erhielt die Polizei einen erheblichen Teil der ihr vor einer Woche von den Franzosen abgenommenen Gewehre zurück.

Der Rückmarsch der Franzosen aus dem Maingau begann überall schon in den frühen Morgenstunden von 4 Uhr an. Die Truppen verließen nach einem bestimmten Plan ihre Quartiere und marschierten nicht durch die Stadt, sondern über die Peripherie-Straßen nach Westen zu. Die Wachen wurden überall um 7 Uhr aufgehoben. Die letzte Hauptwache an der Oper, die von den Belgiern gestellt war, verließ 7 Uhr 10 Minuten den Posten. Nur wenige Neugierige hatten sich in den Straßen gesammelt. Um 9 Uhr verließ der Kommandierende General der 11. französischen Infanterie-Division mit seinem Stabe und dem Platzkommandanten Frankfurt, gefolgt von drei Panzerautomobilen, nachdem er die Geiseln, die sich bereits um 7 Uhr im Stabsquartier versammelt hatten, mit den Worten entließ: „Ich danke Ihnen, meine Herren, Sie sind frei.“

Der Abzug der Franzosen aus Hanau und Darmstadt.

Hanau, 18. Mai. Gestern, in den frühen Morgenstunden, erfolgte der Abmarsch der gesamten französischen Besatzung aus der Stadt Hanau und den besetzten Ortschaften des Landkreises Hanau. Beim Abmarsch der Truppen, der auf 4 Uhr angesetzt war, mußten Oberbürgermeister Hild der Stadt Hanau und Landrat Voigt des Landkreises Hanau persönlich anwesend sein, um als Sequester bei etwaigen Zwischenfällen [illegible] irgendwo Zwischenfälle [illegible] a bis zur Stadt- bezw. [illegible]

[illegible] hatte der General der [illegible] rfabrik bei Hanau eine [illegible] gestern bezahlt werden [illegible] gen Tage nicht erreich- [illegible] sinnen gestellt wurde, [illegible] zu vermeiden, hat die [illegible]

[illegible] pickten sich am Montag [illegible] tag abend war von der [illegible]

[illegible] Besetzung.

[illegible] er städtische (deutsche) [illegible] n mit der Aufforderung [illegible] nzösische oder belgische [illegible] age, gehabt oder durch [illegible] litten haben, ihre An- [illegible]

[illegible] don hat über die Be- [illegible] präsidenten hielten an [illegible] tschland zu bezahlende [illegible] e kein Einverständnis [illegible] Lloyd George sei der [illegible] Kriegsopfern machen [illegible] ergutmachung zwischen [illegible] ren Gütern und denen, [illegible] und Pension erhalten [illegible] wurde hauptsächlich [illegible] Man mußte infolgedessen eine andere Regelung ins Auge fassen, um die sofortigen Bedürfnisse Frankreichs für den Wiederaufbau der Kampfzone zu befriedigen. Um die deutsche Schuld sofort flüssig zu machen, schlugen die französischen Sachverständigen eine große Anleihe vor, die von Deutschland und von den Alliierten wie Frankreich, Italien, Belgien und vielleicht auch von den neutralen Staaten gedeckt werden müsse, wofür die deutsche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200519-13/fragment/page=0007